

Bezugspreis.
Wöchentlich 20 Pfennig monatlich 60 Pfennig...

Der 'Vorwärts' mit der illustrierten Sonntagsbeilage 'Volk und Welt'...

Ergebnis-Werke: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Kauzigenpreise:

Die einzelnen Sonntagsbeilage 10 Pfennig...

Abonnenten für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 29. Dezember 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Die Memel-Ausweisungen.

Ministerpräsident Woldemars in Memel. - Empfang der Pressevertreter.

Memel, 28. Dezember. (W.D.) Bei dem Empfang der Pressevertreter durch den Ministerpräsidenten Woldemars...

Der litauische Botschafterministerpräsident irrt gar sehr, wenn er glaubt, daß man in Deutschland die litauische Ausweisung...

Kein 'Ueberfall' in Mainz.

Ein Widerruf der französischen Regierung.

Paris, 28. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Innenminister Sarraut teilte der Presse am Dienstag...

Französische Ministerratsbeschlüsse.

Paris, 28. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der französische Ministerrat hat sich am Dienstag nach einem Referat Briands...

Schandchronik des Faschismus.

Schulkinder ihres Vornamens beraubt!

Die Verordnung, die die Stadt Asta (Piemont, an der französischen Grenze) zum Sitz einer Präfektur...

Auf Verordnung des neuen Schullektors sind einer großen Zahl Schulkinder Astas und der Umgebung die Namen...

Saubere Wiederaufbau.

Einer der treuesten Anhänger des 'Duce' ist der faschistische Abg. Rebera. Gegen diese faschistische Leuchte wird nunmehr bei der Kammer...

Wie bereits im Schreiben vom 12. August dargelegt, hat die Parteifunktionärin Carmela Recalcati bei der hiesigen Polizeidirektion angezeigt...

China gegenüber befaßt. Dem amtlichen Kommuniqué zufolge wurde beschlossen, in der bisherigen abwartenden Haltung zu verharren.

Den Hauptteil der Tagesordnung nahmen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise ein. Die Regierung hat auch diesmal wider Erwarten kein Notstandsprogramm vorgelegt...

Einer Delegation der Bürgermeister des Seinedepartements, die auf den Ernst der Wirtschaftskrise aufmerksam machte, soll Poincaré erwidert haben, es gäbe keine derartige Krise.

Pilsudskis Pressezwang.

Neue Herausforderung des Parlamentes.

Warschau, 28. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Kurjer 'Poranny' veröffentlicht den Text der neuen Regierungsvorlage eines Gesetzes für Pressevergehen...

Die gesamte Presse, ohne Unterschied der Richtung, auch das Pilsudski-Blatt, protestiert gegen ein solches Pressegesetz. Es ist sicher, daß der Sejm ebenso wie das Pressegesetz auch dieses Pressegesetz ablehnen wird.

Unser kommunistischer Parteiblatz ist abermals, also innerhalb von acht Tagen das drittemal, beschlagnahmt worden.

momente erhellt, daß es sich um einen fortgesetzten Betrug handelt.

Der Abg. Rebera verdient also, so schreibt dazu der 'Corriere degli Italiani', die Hochachtung, die er bei seinen Kollegen in der faschistischen Kammer...

Gleichzeitig wie gegen Rebera hat die Strafbehörde bei der Kammer die Strafvorladung der faschistischen Abgeordneten Grassi-Boces, Pirrone und Carnazza beantragt.

Achtung, Italienreisende!

Die Russolini-Zeitung 'Impero' schreibt: 'Es ist nötig für die Faschisten, auf der Hut zu sein. Der Augenblick ist gekommen, wo einer sich an den anderen anschließen muß, und wo die Verräter in unseren eigenen Reihen entlarvt werden müssen.'

Jeder Faschist sollte Sorge dafür, daß er eine vollständige Liste der Gegner und der Ungetreuen besitzt. Es ist eine ganze Organisation in diesem Sinne zu schaffen, und sie wird geschaffen.

Waffenstillstand in Nicaragua haben die beiden kämpfenden Parteien zu dem Zweck geschlossen, die während der letzten vier Tage Gefallenen zu beerdigen.

Moskauer Inquisition.

Die Ausgeschlossenen berichten über ihre Ergebnisse.

Ruth Fischer, Maslow, Urbahns, Scholem und Schwann waren auf dem 10. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands einstimmig in das Zentralkomitee...

Die Entwicklung der KPD, und der Kommunistischen Internationale ist in den letzten Jahren nach den eigenen Worten der Ausgeschlossenen eine ununterbrochene Kette von Statutenverletzungen...

Das unerwartete Auftreten der russischen Opposition zwang aber zu einer anderen Taktik, zur Einigung gegen die Opposition in allen Ländern. Stalin selbst habe, wie 'vom sehr glaubwürdigen Genossen mitgeteilt' werde...

Nach dieser Schilderung des Misses, wie sie es sehen, wenden sich die Berichterstatter ihren eigenen Angelegenheiten zu. In der 'Roten Fahne' ist behauptet worden, daß sie vor Eintritt ihrer Reise die Zahlung von Tagelohnern von 20,80 Mk. und Rückreisewisen verlangt hätten.

Besonders ausführlich beschäftigt sich der Bericht mit der Frage, warum Maslow nicht mit nach Moskau gefahren sei. Aus den Verhandlungen über diesen Punkt wird mitgeteilt:

Ferner stellte man die Frage, wieso Genosse Maslow nicht erschienen sei. Unsere Genossen gaben dazu die Erklärung ab, daß Maslow jederzeit bereit sei, zur Erledigung seiner Angelegenheit vor der Internationalen Kontrollkommission zu erscheinen...

Piatniski war Vertreter der russischen Partei in der Kommission. Er soll sich nach dem Bericht stets durch besondere Haß gegen die Linke auszeichnet haben.

Ueber die Art der Verhandlung wird unter anderm folgendes berichtet:

Die Verhandlungsmethoden der Kommission sprachen allem bisher in proletarischen Organisationen üblichen Hohn. Die Mitglieder der Kommission vermieden peinlichst die Anrede „Genosse“. Dengel bezeichnete die Genossin Fischer als „Frau Ruth Fischer“. Der Ton des Vorsitzenden war der eines Staatsanwalts beim bürgerlichen Gericht. („Sie dürfen nur reden, wenn ich frage.“ — „Schweigen Sie, ich habe Sie nicht gefragt.“ — „Ich werde die Kommission fragen, ob dieser Mann weiter reden darf.“) Auf dem Plenum und in der Kommission wurden eine Reihe von verleumderischen Gerüchten zur Herabsetzung der Unterzeichneten verbreitet. Die Feststellung der Resolution, wir hätten eine freche und erpresserische Drohung ausgesprochen, gegebenenfalls die KPD durch gewisse Veröffentlichungen zu kompromittieren, ist unmaß.

Den Ausgeschlossenen ist es bekanntlich nicht geblieben, ihre Sache vor das Plenum zu bringen. Vielmehr blieb es bei der Kommission und einer dort gefassten Entschliessung, die sie als „unaufgeklärtes, hilfloses Geschimpfe“ und Produkt eines „unpolitischen Sauherdentones“ bezeichneten. Trotzdem erklärten sie, der kommunistischen Partei und Internationale treu bleiben und für ihre Wiederaufnahme arbeiten zu wollen, wovon man in den offiziellen Zirkeln Moskauts und Berlins schwerlich entsetzt sein wird. Die Schuld an der Spaltung schieben sie der offiziellen Partei zu, die, nach ihren Angaben, seit Januar 1926 nicht weniger als 1300 linke Funktionäre und Arbeiter ausgeschlossen und herausgedrängt hat. Sie erklärten sich bereit, die Frage, ob sie ihre Reichstagsmandate behalten dürften oder nicht, von einem Parteitag entscheiden zu lassen. Sie verlangten eine Kursänderung der KPD und glauben offenbar, sie auch durchsetzen zu können, wenn sie nur zu dem Parteitag zugelassen werden — was ihnen aber wohl schwerlich gelingen wird.

Auf die jetzigen Führer der KPD, sind sie, wie schon bemerkt, sehr schlecht zu sprechen. So wird „der Bursche Heinz Neumann“ als „eine Kreatur“ bezeichnet, die „besser läte, zu schmeigeln“. Von den Dengel, Schneller, Berchard, Staschek sprechen sie verächtlich als „Reinants“. Der Chefredakteur der „Roten Fahne“ sei vom Zionismus zum Kommunismus übergewechselt. Sie selber rühmen sich, schon vor dem Kriege in den Reihen der revolutionären Arbeiterklasse gestanden und in der letzten Zeit mehr als tausend Solidaritätserklärungen aus den Reihen der KPD erhalten zu haben.

Dies alles ist nichts als Bericht über einen Bericht. Eine Bemerkung zur Sache läßt sich aber doch nicht unterdrücken. Wir lesen in dem Bericht der Ausgeschlossenen folgenden Satz: Wer an Stelle sachlicher Auseinandersetzungen Schimpfereien leht, beweist nur die eigene Schwäche, vergiftet die politische Atmosphäre, hilft nicht der Arbeiterklasse Klarheit über Ziel und Weg ihres Kampfes zu geben, hilft also der Bourgeoisie.

Das ist ein wahrer Bruchstich! Ein Kernstich! Nie noch ist über kommunistische Lippen eine so reine Wahrheit geflossen, wie diesel Schimpferei an Stelle sachlicher Auseinandersetzung — das kennzeichnet aber neun Zehntel der Kämpfe, die die deutschen Kommunisten unter sich führen, und das kennzeichnet von Anfang bis zu Ende den Kampf, den die KPD gegen die Sozialdemokratische Partei und gegen die Gewerkschaften führt. „Wer an Stelle sachlicher Auseinandersetzungen Schimpfereien setzt, beweist nur die eigene Schwäche, vergiftet die politische Atmosphäre, hilft nicht der Arbeiterklasse, Klarheit über Ziel und Weg ihres Kampfes zu geben, hilft also der Bourgeoisie.“

Sie helfen alle der Bourgeoisie! Sie sagen es selbst!

Als Folge der Explosion im Bahnhof von Sofia wird bulgarisch gemeldet: Die bulgarische Polizei hat im Süden des Landes eine kommunistische Verschwörung aufgedeckt und mehrere hundert Verhaftungen vorgenommen.

Einberufung des Parteiausschusses.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat den Parteiausschuß zu Dienstag, den 11. Januar 1927, vormittags 10 Uhr, nach Berlin zu einer Sitzung einberufen. Auf der Tagesordnung steht die Erörterung der politischen Lage und die Vorbereitung des vom 22. bis 27. Mai in Kiel stattfindenden Parteitages.

Herunter von den Pferden!

Ihr Deutschnationalen mit der jüdischen Denkweise!

Den Deutschnationalen geht es wie ihren kommunistischen Freunden. Sie mögen sich noch so radikal stellen, es gibt immer noch Leute, die sie als pfaumenweich und Verräter am Deutschtum und an der Nation hinstellen. Im „Völkischen Beobachter“ zum Beispiel liest der pommersche Junker v. Corswant den Konfessions-Nationalen folgendemahen den Text:

Dem allen (der „Verjudung“ Europas) steht die deutschnationale Parteipolitik nichts entgegen. Kann man sich da eigentlich noch über den entsprechenden „Erfolg“ wundern, darüber wundern, daß so offensichtlich die neudeutschnationale Parteipolitik immer weiter in das Jahnwasser jüdischer Denkweise gerät?

Wir fragen schon gar nicht mehr, wie lange noch wollen die Führer sich „deutsch“, sich „national“ nennender Parteien derartige Wege geben, die notwendig zum Untergang jeglichen deutschen Volkstums führen müssen. Aber wir fragen die Massen der wirklich noch „deutsch“ und „national“ Gesinnten in diesen Parteien: Wie lange noch denkt ihr euch diesen andauernden Verrat an nationalen Gedanken, an deutschen Werte, an der Zukunft eurer Kinder und Kindeskinde, begangen durch Leute, die sich bisher eure „Führer“ nannten, gefallen zu lassen?!

Herunter von den Pferden mit jenen Volksführern, die keine Volksführer, sondern Volksverführer sind. Verführer zur — unter den heutigen Umständen — zum Volksverrat gewordenen Parole: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!

Das ist ja eine ganz erbauliche Sprache, die die Herren unter sich führen. Scholem, Thälmann, Ruth und Stöcker können es auch nicht besser. Heißt es hier: hinaus aus der Komintern!, so dort: herunter von den Pferden! Jeder braucht Bilder aus der ihm bekannten Umgebung. Und Corswant ist bei den Pferden heimischer.

Bayern in Gefahr!

Invasion Berliner „Beamten-Kudake“.

Die Reichsfinanzverwaltung hat aus sachlichen Gründen eine kleine Anzahl mittlerer Beamten aus Norddeutschland nach Bayern verlegt. Deshalb große Entrüstung der bayerischen Partikularisten. Sie schreien und heben, als sei der Bestand des Landes Bayern gefährdet. Das Organ der Bayerischen Volkspartei, „Roosburger Zeitung“, läßt sich unter der Ueberschrift „Preussische Beamten-Karnickelzug“ folgendermahen vernehmen:

„Man will das bodenständige bayerische Beamtentum mit dem neudeutschen, herumzigeuernden, zentralistischen und heimatlosen Bürokratismus verdrängen. Schmeißt die Berliner Beamten-Kudake, die man ins bayerische Nest setzt, hinaus! Es wäre die erste Tat, und nur mit Taten wird der Frechheit der Berliner Zentralistenbrut Einhalt geboten. Regierung, werdet hart!“

Daß die Bayern in der Kunst grob zu sein Meister sind, hat der bayerische Ministerpräsident Held erst vor einigen Tagen an einem Gesellenstück bewiesen. Man wird von einer „Roosburger Zeitung“ nicht verlangen können, daß sie im Knigge besser bewandert ist, als der erste Vertreter des Landes. Aber die von dem bayerischen Ministerpräsidenten und der ihm ergebenen Presse beliebte Tonart kann leicht zu unliebsamen Zwischenfällen führen. Das Reichsfinanzministerium ist deshalb — wie wir erfahren — von dieser Auslegung der Bevölkerung gegen seine Beamten unter-

richtet worden. Man darf gespannt sein, welchen Schutz das Reichsfinanzministerium seinen Beamten angedeihen läßt und in welcher Weise ihm dabei die bayerische Regierung behilflich sein wird.

Ultimatum an die Kirche.

Braunschweiger Industrielle drohen mit Austritt.

Braunschweig, 28. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Industriellen des Landes Braunschweig haben der Kirche ein Ultimatum gestellt. Da die Kirchenaustrittsbewegung in Braunschweig sehr groß ist, andererseits aber die Landwirte fast keine Einkommensteuer und damit auch keine Kirchensteuer (die nach der Einkommensteuer veranlagt wird) bezahlen, so ist die Kirchensteuer für die Industriellen — wie sie hauptsächlich — unerträglich geworden. Tatsächlich zahlen 25 Industrielle des Landes Braunschweig (soviel Kirchensteuer, daß 19 Geistliche davon besoldet werden können. Das ist ihnen die Geschichte wohl doch nicht wert. Der Vereinigung der Braunschweiger Industriellen forderte deshalb von der Kirche, daß sie sich bis zum 28. Dezember mit einer Herabsetzung der Kirchensteuer einverstanden erkläre, da sonst sämtliche Industrielle des Landes Braunschweig bis zum 31. Dezember 1926 aus der Kirche austreten würden. Gleichzeitig wird ein erheblicher Abbau des Verwaltungsapparates der Kirche gefordert. Die Austritte aus der Kirche sind in den letzten Tagen wieder gewaltig gestiegen, da diejenigen, die bis zum 31. Dezember 1926 austreten, für das Jahr 1927 Kirchensteuer nicht mehr zu zahlen haben.

Im Namen des Volkes!

Aus Biegnitz wird uns geschrieben: Vor einigen Tagen hatten sich vor dem hiesigen Schöffengericht der Unteroffizier K. und der Reiter B. vom Reiterregiment 7 in Lüben zu verantworten. Der Reiter B. wollte nach einem Tanzvergnügen ein Mädchen mit dessen Einwilligung nach Hause begleiten. Der Unteroffizier K. hatte jedoch schon vorher die Zusage des Mädchens erhalten. Darüber ergrimmt, stellte der Unteroffizier den Reiter zur Rede, fragte ihn nach seinem Truppenausweis und gab ihm schließlich den Befehl, sich fortzusetzen. Da der Reiter den Truppenausweis nicht bei sich hatte, forderte der Unteroffizier den Reiter auf, mit ihm zur Wache zu kommen. Der Reiter sagte zwar zu, wollte aber erst das Mädchen nach Hause begleiten. Daraufhin verurteilte der Unteroffizier dem Reiter eine Ohrfeige! Darauf erfolgte im Namen des Volkes folgendes Urteil: Der Unteroffizier erhielt wegen vorsätzlicher Mißhandlung eines Untergebenen 7 Tage gefindnen Arrest. Der Reiter wurde zu 4 Wochen strengen Arrest verurteilt, weil er den Befehlen des Unteroffiziers nicht Folge geleistet und das Mädchen selbst nach Hause begleitet hatte.

Verleumder! — Verrückter! —

Ober beides?

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Quack veröffentlicht durch TIL folgende Erklärung:

Ein Berliner Journalist, Freiherr von Gleichen, verbreitet die Beschuldigung, ich hätte mich bei der Lösung der Angelegenheit Junkers zusammen mit Herrn Breitscheid (!) persönlich bereichert. Ich habe gegen den Genannten Strafantrag wegen verleumderischer Beleidigung gestellt. Für Rechtsgüter bemerke ich, daß ich die in dieser Frage verrichtete Arbeit im Interesse des Reiches, ohne jedes Entgelt geleistet und auch auf die Erstellung meiner baren Auslagen gegenüber dem Reich, in dessen Auftrag ich tätig gewesen bin, verzichtet habe.

Genosse Breitscheid hat von der gegen ihn gerichteten Verleumdung nur durch die Erklärung des Herrn Quack erfahren. Auch er wird Strafantrag stellen, wenn sich herausstellt, daß der Freiherr von Gleichen wirklich gegen ihn solche unsinnige Verleumdungen erhoben hat, wie aus der Erklärung des Abg. Quack hervorzugehen scheint. Breitscheid hat weder zu Quack Beziehungen, noch hat er mit den Junkers-Verhandlungen irgend etwas zu tun gehabt. Der Freiherr von Gleichen ist ein völkischer Journalist von geringer Bedeutung. Ueber seinen Geisteszustand ist uns nichts Näheres bekannt.

Der falsche Prinz.

Im Gothaer stand er zwar nicht,
Doch hoch im Kurs zu Gotha,
Am hohenzollernschen Gesicht
Da sehste ihm kein Jota.

Denn er war dumm und fummelblond,
Sein Auge bliete bläulich,
Das schloß zu einer Einheitsfront,
Die Herzen, so jungfräulich.

Man lud zur Jagd ihn, zum Diner,
Wie glänzt in vollem Staat er!
Ein Galafest mit Bal-Paré
Gab ihm das Hoftheater.

Es sang: „Heil dir im Siegerkranz“
Und witterte schon Titel
Der Bürger, und — o Bonnegans —
Der Prinz pumpt' bei ihm Mittel!

Man hüt' in hell'ger Pietät
Ihn auf den Thron gehoben,
Da war — verflucht und zugenäht —
Der Prinz sah abgeschoben.

Doch da den Bürger er gerupft,
Wie das des Fürsten Recht ist,
Scheint mir gesprungen wie gepupft,
Ob falsch er oder echt ist.

Höchst fürstlich hat er sich bewährt,
Hat selbst sich abgefunden,
Und als die Schäflein ganz gesichert,
Da ist er erst verschwunden.

Dann: war er auch ein falscher Prinz,
Ich möchte ihn nicht tadeln,
Ich würd' ob seines Fürstentums
Noch nachträglich ihn abeln!

Rich. von Lindenbeken.

Neues von der Chemie der Hormone.

Ueber die Chemie der drei jüngsten „Hormone“ aus Schilddrüse, Pankreas und Ovarien verbreitet sich der Direktor des pharmakotherapeutischen Instituts der Universitäts Amsterdam, Ernst Laqueur in der Nummer der Chemikerzeitung, die anfänglich ihres 50jährigen Bestehens Aufsätze über die wichtigsten chemischen Fragen seitens einer Reihe hervorragender Forscher bringt. „Hormone“ werden innere Drüsensekrete genannt, die in der neuesten Heilmittellehre eine hervorragende Rolle spielen; gelang es, ihre chemische Natur völlig zu ergründen, so kann man vielleicht zur Synthese (künstlichem Aufbau) dieser Stoffe kommen und dadurch von dem oft sehr beschränkten Material, das die tierischen Organe liefern, unabhängig werden. Am weitesten ist man in dieser Hinsicht mit dem Thyroxin, dem Hormon der Schilddrüse, gekommen, in welchem man vor sieben Jahren zuerst einen einwertigen, stark jodhaltigen Körper kennen lernte, der außerordentlich wichtige biologische Wirkungen entfaltet, in der Hauptache Erhöhung des sogenannten Grundstoffwechsels und Erhöhung der Widerstandsfähigkeit gegen gewisse Vergiftungen. Deshalb wirkt dieses Hormon z. B. bei Abmagerungskuren so stark, wie die hundertfache Menge von getrockneter Schilddrüse.

Am jüngsten weicht der Chemiker noch über das Insulin zu sagen, das Hormon des Pankreas oder der Bauchspeicheldrüse, das jetzt schon in Hunderten von Fällen von Zuckerkrankheit den sicheren Tod verhindert und vielen Tausenden von Kranken Besserung oder doch zum mindesten eine lebenswerte Existenz verschafft hat. Chemisch kann es aber gegenwärtig nur durch seine biologische Wirkung charakterisiert werden, und zwar durch die Herabsetzung des sogenannten Blutzuckers. Allerdings sind in den fünf Jahren, die seit der Entdeckung des Insulins verlossen sind, schon tausend sogenannte „wissenschaftliche“ Abhandlungen darüber veröffentlicht worden, ganz zu schweigen von gelegentlichen Mitteilungen. Sehr viele davon, die sich mit der Zusammenlegung des Insulins beschäftigen, erscheinen Laqueur ganz wertlos. „Ich habe nie begriffen, sagt er, welchen Sinn es hat, mit schwierigen chemischen Methoden z. B. den Gehalt von Diaminosauren und dergleichen bei einem Körper festzustellen, der vielleicht von dem Stoff, den man eigentlich untersuchen will, 1 Proz., vielleicht noch weniger, enthält.“ Jedenfalls ist allen chemischen Aussagen über das Insulin gegenüber vorläufig noch größte Vorsicht angebracht.

Das jüngste Hormon schließlich, das aus den weiblichen Geschlechtsdrüsen in den Ovarien oder Eierstöcken, welches den Namen Menstron erhalten hat, scheint gegenüber dem komplizierten Insulin weit einfacher gebaut zu sein. Es zeigt eine ausgesprochene spezifische Wirkung auf weibliche Geschlechtsorgane, indem es die Brunst bei jugendlich unreifen Tieren vorzeitig und bei alten normalerweise nicht mehr fruchtigen aufs neue hervorruft; auch erzeugt es Wachstum unreifer weiblicher Geschlechtsorgane, männlichen Tieren gegenüber hat es dagegen eine hemmende Wirkung, indem die jugendlichen männlichen Organe in der Entwicklung zurückbleiben. Das Menstron ist leichter zu einem höheren Grad der Reinheit zu führen, als das Insulin, weswegen die Aufklärung seines chemischen Aufbaus wahrscheinlich früher gelingen wird. Allerdings ist das gegenwärtig reinste Produkt schwerer erhältlich, weil teurer als das Insulin, und die Geldfrage spielt ja auch bei

rein wissenschaftlichen Problemen und Präparaten eine erhebliche Rolle. Doch wird der Fortschritt der Forschung wohl auch, wie schon anfangs gesagt, zur Synthese und damit zu einer weiter verbreiteten segensreichen Anwendung der Hormone führen. W.

Ausgrabungen auf den Müggelbergen. Das Märkische Museum in Berlin ist in seinen urgeschichtlichen Forschungen, die Prof. Albert Kriechbaum leitet, den Spuren bronzezeitlicher Wohnstätten auf den Müggelbergen nachgegangen. Am Westabhang des Hüchels, auf dem der Aussichtsturm der Müggelberge steht, konnten Pfostenlöcher, Herdstellen und Reste eines Grundrisses aufgedeckt werden. Zahlreiche Gefäßreste weisen auf die jüngere Bronzezeit hin. Aus späteren Perioden liegen nur ganz geringfügige Spuren vor. Auf dem Eichenhügel zwischen Aussichtsturm und Bismarckwarte gelang es, den Grundriß einer Halle ohne Herd freizulegen, deren Größe nicht viel hinter der großen vorgeschichtlichen Halle in Buch zurücksteht. Auch eine Vorhalle ist vorhanden. Im weiten Umkreise war der Platz völlig frei von Pfostenspuren; nur im Norden fanden sich solche, die wohl als Reste der Umgebung gedeutet werden können. Auch die Funde vom Eichenhügel gehören der jüngeren Bronzezeit an. Auf den Müggelbergen ist vor einiger Zeit eine Kulturschutzstelle eröffnet worden. Ein in die Terrassen des Aussichtsturmes eingebauter Museumsraum enthält Funde von den Müggelbergen selbst und aus der Umgebung. Der Zweck der Ausstellung ist, die Entstehung und Geschichte dieser eigenartigen, reizvollen Landschaft im Weichselbue Berlins dem Verständnis der Bevölkerung und namentlich der vielen Schulklassen näherzubringen, die die Müggelberge besuchen.

Für 40 Millionen Mark Kunstschätze nach Amerika. Auch in diesem Jahre haben eine große Anzahl berühmter Kunstwerke den Weg über den „großen Leich“ gemacht. Britische Sachverständige schätzen den Wert der Kunstschätze, die allein aus England nach Amerika abgemandert sind, auf 40 Millionen Mark. In den letzten Tagen hat eines der berühmtesten Werke der englischen Malerei, das Porträt „Pinkie“ von Lawrence, das auf der Michelham-Versteigerung die Riesensumme von 1 554 000 Mark brachte, seine Fahrt nach den Vereinigten Staaten angetreten; man bemahrte bei dem Transport das größte Geheimnis, weil man einen Diebstahl fürchtete.

Kannibalismus im treibenden Boot. Eine erschütternde Hungertragödie enthüllte die Untersuchung über den Tod eines Fischers, die von der Polizei in Los Angeles eingeleitet worden ist. Der alte Fischer Eli Kelley ist kürzlich in erschöpftem Zustande vor dem Hungertode gerettet worden, nachdem er zehn Tage lang im offenen Boot auf der stürmischen See umhergetrieben worden war. Im Boot fand man einen anderen greisen Fischer namens James McKinley tot vor. Der Beische fehlten mehrere Teile. Bei dem Verhör bekannte schließlich Kelley, daß er in der Verzweiflung, von sofendem Hunger gequält, Teile der Leiche des Kameraden, der an Erschöpfung gestorben war, abgeschnitten und gegessen habe.

Die Obdachlosen der Stadt Moskau. Die Volkszählung hat ergeben, daß die Zahl der im buchstäblichen Sinn des Wortes Obdachlosen in der Stadt Moskau 3 846 betragt. Es sind das diejenigen Personen, die über keine Art von Unterkunft verfügen und auf die städtischen Nachhilfe angewiesen sind.

Mißbrauch des Selbstverwaltungsrechts. Die Ursachen des Konflikts zwischen Studentenschaft und Kultusministerium.

Die Studierenden der deutschen Hochschulen verdanken das Selbstverwaltungsrecht dem verstorbenen Genossen Konrad Haenisch, der als damaliger Kultusminister überhaupt erst ein Studentenrecht geschaffen hat. Die Regierung der Vorkriegszeit kannte ein solches Recht für die Studenten nicht. Jahrzehntlang haben freiheitliche Kreise aus der Studentenschaft vergeblich um bestimmte Selbständigkeiten gekämpft.

Das Studentenrecht von 1920 gab den immatrikulierten reichsdeutschen Studenten jeder Hochschule die Möglichkeit, sich zu einer Art Zwangsinnung zusammenzuschließen mit dem Recht, ausländische Studenten zu beteiligen und sich mit den entsprechend gebildeten Studentenschaften der übrigen deutschen Hochschulen zu koalieren. Die Studentenschaften erlangten gleichzeitig das Steuerrecht über alle Studenten; sie dürfen Beiträge erheben und in der Form einer Selbstverwaltung im Gesamtinteresse darüber verfügen. In den leitenden Körperschaften übernahmen bald völkische Drahtzieher die Führung. Sie erklärten bei der Zulassung ausländischer Studenten, daß ein deutscher Jude aus Prag oder Wien kein Deutscher sei. Von dieser irrsinnigen antigroßdeutschen Haltung wurde weder durch den Einspruch der Rektoren noch durch die Proteste des vernünftigen Teils der Studentenschaft abgegangen.

Wiel schlimmer aber gestaltete sich der Mißbrauch des Koalitionsrechts. In Oesterreich und Böhmen gibt es kein Studentenrecht und daher auch keine anerkannte Studentenschaft. Dort stehen sich völkische, katholische, freiheitliche und sozialistische Gruppen gegenüber. Die völkischen Gruppen sind in der Mehrheit und haben sich selbst als diejenige Studentenschaft proklamiert, mit der die reichsdeutschen Studentenschaften allein und ausschließlich eine Koalition eingehen hätten. Die Hakenkreuzler hüben und drüben reichen sich die Hand, während die nichtvölkischen Studenten unserer Hochschulen seit Jahren terrorisiert worden sind, für eine Organisation Zwangsbeiträge zu leisten, deren gloriose Führung sich in den wichtigsten Entscheidungen völkisch gebärde. Es verheißt sich schließlich, daß dieser Kurs von rechtsradikalen Kreisen materiell und ideell unterstützt und gefördert worden ist.

Endlich haben Regierung und Parlament sich entschlossen, mit einem derartigen Unfug Schluss zu machen. Im Kulturausschuß des Landtages erklärten sich alle Parteien, mit Ausnahme der Völkischen und der Deutschnationalen, damit einverstanden, daß die Regierung die preußischen Studentenschaften verpflichtet, alle auslandsdeutschen Gruppen ohne Rücksicht auf Konfession und Rasse an der Koalition der Mitgliedschaft zu beteiligen. Um diese Frage dreht sich der Streit. Die Antwort, die der Vorstand der Deutschen Studentenschaft dem preußischen Kultusminister gegeben hat, ist voreilig, unklar und unmöglich. Der Vorstand, an dessen Spitze ein völkischer Student aus Brünn steht, mag es immerhin nicht, sich zu seiner völkischen Politik zu bekennen. Er „neist“.

Diesen völkischen Kampfenossen gegenüber müssen Regierung und öffentliche Meinung sich mit aller Entschiedenheit durchsetzen. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß der andersgesinnte Teil der Studentenschaft, dessen wirtschaftliche Lage zum großen Teil sehr bedrängt ist, gezwungen wird, die ebenso ungerechte wie schädliche Parteipolitik der extrem völkischen Deutschen Studentenschaft zu finanzieren.

Bierpreiserhöhung in Bayern.

Protest gegen den Preiswucher des Braukapitals.

München, 28. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die von dem Brauerbund billierte, 15prozentige Bierpreiserhöhung ab 1. Januar (6 Pf. pro Liter) hat in der bayerischen Bevölkerung einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Angesichts der seit den Doidenden der bayerischen Brauerei ist die Empörung besonders auch innerhalb der großstädtischen Arbeiterschaft groß. Das kommt u. a. in einem Schreiben des Bezirks Bayern des DGB an den bayerischen Ministerpräsidenten zum Ausdruck. Die freien Gewerkschaften verlangen von der Regierung, alles zu unternehmen, was geeignet ist, den Preiswucher der Brauereien zu unterbinden, da durch die verantwortungslose Lat des profitgierigen Braukapitals die an sich ungünstige Lebenshaltung des schaffenden Volkes in Bayern noch mehr verschlechtert würde.

Auch die bayerische Landesbauernkammer wendet sich mit einem Protest an die Regierung. Das ist bezeichnend, weil die bäuerliche Berufsvertretung ausschließlich aus Angehörigen der Bayerischen Volkspartei, der Deutschnationalen und des Bauernbundes besteht, also den gleichen Parteien, die im Reichstag gegen die Sozialdemokraten für die Erhöhung der Biersteuer gestimmt haben.

Der Bosel-Scandal.

Geringe Deckungsmehrheit für die Regierung.

Wien, 28. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Im Nationalrat beantragten bei der Beratung des Postpartialengesetzes die Sozialdemokraten Mißbilligung des Handelsministers Dr. Schürff (Großdeutsch), weil er leichtfertig und ohne ernsthafte Prüfung den Vertrag Bosel im Dezember 1925 zugestimmt hat. Durch diesen Vertrag vergrößerte sich die Schuld Bosels an die Postpartialen um mehr als 33 Millionen Schilling, so daß sie sich verdreifachte. Nach einer stürmisch verlaufenen Debatte, bei der es wiederholt zu heftigen Szenen kam, wurde der Sozialdemokratische Mißbilligungsantrag mit 75 gegen 64 Stimmen abgelehnt.

Geheime Hinrichtungen in Spanien.

Bestimmt austretende Gerüchte.

Paris, 28. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Sämtliche Abendblätter geben das Gerücht wieder, wonach Primo de Rivera vier angebliche Verschwörer, die ein Komplott gegen ihn sowie den König beabsichtigt hatten, durch ein Kriegsgericht habe aburteilen und in aller Stille in einer spanischen Festung habe erschießen lassen.

Letztendlich-russischer Gefangenaustausch. Der lettlandische Außenminister und der sowjetrussische Vertreter in Riga haben ein Abkommen über den gegenseitigen Austausch von Gefangenen unterzeichnet. Zum Austausch gelangen auf jeder Seite 42 Gefangene.

Die Richtungskämpfe in Rußland.

Ein „kleines Plätzchen“ für die Bourgeoisie. — Terror gegen die Sozialisten.

Es ist keineswegs leicht, aus dem Haufen der scholastischen Auseinandersetzungen, die immer mehr an die Kirchendispute des Mittelalters erinnern, den wirklichen Kern des bolschewistischen Streites herauszuschälen. Man kann deshalb Stalin nur dafür dankbar sein, daß er in seiner scharfen Polemik gegen die Oppositionsführer in der Plenarsitzung des ZK das Geheimnis seiner „Rechtgläubigkeit“ zufällig verraten hat.

Die Anhänger Stalins haben bekanntlich der Opposition vorgeworfen, daß sie von den Sozialisten gelobt werde. Kamenev und Sinowjew haben dem gegenüber darauf hingewiesen, daß die kapitalistische Presse der ganzen Welt und insbesondere die Ideologen der neuen Bourgeoisie in Sowjetrußland auf Seiten Stalins stehen. Dieser Hinweis, der zweifellos auf Wahrheit beruht, hat Stalin aus seinem Gleichgewicht gebracht. Stalin hat in der Plenarsitzung des ZK den ihm hingeworfenen Handschuh aufgehoben. „Weshalb — fragte er — loben die Sozialisten die Opposition?“ „Weil die Opposition die Einheit der bolschewistischen Partei untergräbt; und die Diktatur des Proletariats schwächt.“ „Und weshalb loben die Ideologen — so fuhr er fort — der neuen russischen Bourgeoisie Stalin und überhaupt die Mehrheit? Deshalb, weil die Sowjetmacht die neue Bourgeoisie zur Mitarbeit unter gewissen Bedingungen herangezogen habe, weil sie den Rep eingeleitet und der Bourgeoisie „ein kleines Plätzchen neben der Diktatur“ eingeräumt habe. Während die Menschewisten u. a. die Diktatur untergraben, werde sie andererseits durch die Mitarbeit der Bourgeoisie, die unter der Kontrolle der Sowjetmacht steht, unterläßt und befestigt.

„Ist es nicht eine bekannte Tatsache“ — so erklärte Stalin — daß Lenin einen Unterschied zwischen der neuen Bourgeoisie und den Menschewisten machte, indem er die Heranziehung und Ausnutzung der ersteren und die Verhaftung der letzteren empfahl?“ Habe denn Lenin, als er den Rep proklamierte, nicht selber erklärt, daß die Menschewisten und Sozialrevolutionäre in sicherem Gewehrjam gehalten werden müssen?

Die deutschen Arbeiter müssen diesen Erklärungen des russischen Diktators die größte Aufmerksamkeit schenken. Stalins These: Heranziehung der Bourgeoisie zur Mitarbeit und Terror gegen die Sozialisten kann nur eine einzige soziale Bedeutung haben: die kapitalistische Umwandlung der Diktatur. Mag Stalin, gleich Lenin, die Hoffnung hegen, daß die „ungrenzte“ Mitarbeit der neuen Bourgeoisie nur zur einseitigen Ausnutzung der letzteren führen werde. In Wirklichkeit jedoch ändert die bolschewistische Diktatur, indem sie die neue Bourgeoisie „aunimmt“, ihre eigene soziale Natur. Es ist eine alte Geschichte: Man glaubt zu schieben und man wird geschoben. Es ist bezeichnend, daß der klügste Ideologe der neuen Bourgeoisie und der Sowjetbureaucratie, Prof. Ustrjalow, gerade darum die bolschewistische Diktatur preist und unterstützt, weil er überzeugt ist,

daß die letztere sich auf dem „sicheren“ Wege zur bürgerlich-bonapartistischen Umwandlung befindet.

Fortdauer des Kampfes der Opposition?

Die Parteioption in der KPSU scheint nicht die Absicht zu haben, ihre Waffe vor den Siegern zu strecken. Uglanoff, der Sekretär der Moskauer Parteiorganisation, hat der „Pravda“ zufolge in einer in den letzten Tagen stattgefundenen Konferenz erklärt:

„Ich glaube, daß die Opposition ihre Tätigkeit nicht nur in dem ZK entfaltet habe; sie scheint sie vielmehr auch in den untersten Parteizellen wieder aufgenommen zu haben. Es ist uns aufgefallen, daß die gleichen Fragen in derselben Formulierung in den verschiedensten Parteizellen aufgeworfen werden; es scheint, als ob die Lösungen von ein und derselben Oppositionszentrale ausgehen. Die Opposition legt ihren Kampf fort. Das muß man im Auge behalten. Die Einheit der Partei muß um jeden Preis erhalten werden! Man muß die Bildung einer neuen Partei in unserem Lande unbedingt verhindern.“

Der Kampf dauert also fort. Darauf läßt sich auch die Tatsache zurückführen, daß die Spalten der „Pravda“ in der letzten Zeit wieder von Resolutionen gegen die Opposition überhäuft sind. Der gefügige Apparat der „Parteidemokratie“ ist wieder in Gang gesetzt worden. Aus allen Winkeln des unermeßlichen Landes kommen Resolutionen, die eine der anderen aufs Haar gleichen: überall wird das Ausreten der Opposition in der Plenarsitzung des ZK auf das schärfste als ein verbrecherischer Vorstoß gegen die Leninische Parteiführung und als eine Verletzung der Verpflichtungen vom 16. Oktober verurteilt. Alle Resolutionen enthalten zum Schluss die Forderung der schärfsten und entschiedensten Maßnahmen gegen die Opposition. Der gleichlautende Inhalt der zahllosen Resolutionen läßt keinen Zweifel darüber übrig, wo die Urquelle dieser Entrüstungskampagne zu suchen sei. Nur in der Ausdrucksweise und in bezug auf die zahlreichen und mannigfaltigen Schimpfwörter unterscheiden sich die Resolutionen von einander: „Bankrotteure“, „unverantwortliche, abgebaute Führer“, „Kapitulanten“, „Partei verleumder“, „Abenteurer“ usw., sind schon die mildesten Epithete. Bemerkenswert in dieser Beziehung sind auch die Leberchristen, unter denen die Resolutionen in der „Pravda“ abgedruckt werden: „Die letzte Warnung“, „Zur endgültigen Liquidierung der Opposition“, „Die Geburt der Partei ist lange genug auf die Probe gestellt worden“, „Wir fordern entschlossene Maßnahmen“ usw.

Diese großzügige Resolutionskampagne ist sozusagen eine Arrangiervorbereitung zum neuen Ultimatum, das den Oppositionsführern auf der nächsten Plenarsitzung des Zentralkomitees der KPSU gestellt werden wird.

Reichspost-Anmaßung.

Der Kampf um den Groschen-Fridericus.

Unser Parteiblatt in Hannover, der „Volkswille“, hat sich mit dem Stings-Fridericus beschäftigt. Er teilt folgendes mit: „Republikanische Kreise haben in zahlreichen Fällen die Annahme von Briefschaften, die mit der Fridericus-Marke frankiert waren, verweigert, so daß dadurch für die Absender und für die Post Schwierigkeiten entstanden sind. Verschiedene republikanische Verbände verwenden neuerdings bei der Verweigerung von solchen Postsendungen Aufklebezetitel mit folgendem Text:

Annahme verweigert.

da mit der „Fridericus-Marke“ frankiert, als Protest gegen die monarchistisch-militaristische Propaganda der Deutschen Reichspost.

Darob ist die hannoversche Postbehörde in nicht gelinden Jörn geraten. Sie hat an höherer Stelle Rat eingeholt und ist bestrebt, solche Briefe mit dem Fridericus-Schädel auch dann, wenn sie abgelehnt worden sind, in den nächsten Tagen nochmals zu bestellen. Neuerdings ist von der Oberpostdirektion an verschiedene Firmen ein Schreiben gerichtet worden, in dem die Abnahme derartiger frankierter Sendungen verlangt wird und die oben erwähnte ablehnende Begründung als Beleidigung des Reichspostministers bezeichnet wird.

Auf diese Veröffentlichung hin erläßt die Oberpostdirektion in Hannover durch die Telegraphen-Union folgende Erklärung:

„Wie hierzu von dem Präsidenten der Oberpostdirektion Hannover mitgeteilt wird, ist von der Oberpostdirektion Hannover nicht an verschiedene Firmen, sondern lediglich in einem Falle die Mitteilung gemacht worden, daß die Rückbeförderung von Sendungen, denen die vorstehende Begründung der Annahmeverweigerung beigefügt sei, durch die Post nicht erfolgen könne, weil der Inhalt der Begründung gegen die Bestimmungen der Postordnung und auch gegen das Republikanengesetz verstoße; sie enthielte eine Beleidigung des Reichspostministers. Aus diesem Grunde blieben Sendungen mit dem obigen Klebezetitel von der Postbeförderung ausgeschlossen. Man lasse sie einfach lagern, während Sendungen mit der Fridericusmarke, die etwa den einfachen Vermerk „Annahme verweigert“ trügen, selbstverständlich in üblicher Weise zurückbefördert würden.“

In der Reichspost sitzen nicht nur die schlimmsten Bureaukraten, sondern auch die verstocktesten Monarchisten. Die Herren vergessen, daß die Reichspost ein Geschäftsunternehmen ist, dessen Aufgabe Dienst an der Gesamtheit ist. Dafür bezahlt das Publikum die Gebühren und davon werden sie bezahlt. Höflichkeit, Rücksicht auf die Wünsche des Publikums ist das erste Erfordernis im Geschäftsverkehr. Eine Kritik an dem Mißbrauch, den Herr Stingl und die Reichspost mit dem Groschen-Fridericus treiben, ist selbstverständlich keine Beleidigung — sie sollte die Herrschaften bewegen, die nichtkonvenierende Marke aus dem Verkehr zu nehmen. Sonst müssen sie aber die mehr oder weniger sanften Rippenstöße einstecken, die ihnen das empörte Publikum verleiht.

Der Reichstagsabgeordnete Genosse Ferdinand Bender ist plötzlich schwer erkrankt und mußte in die Privatklinik des Herrn Professors Dr. Kagenstein, Berlin-Wilmersdorf, übergeführt werden. Wie wir dazu erfahren, handelt es sich um eine Geschwulst, eine sehr schmerzhaft Entzündung der Bindegewebszellen; doch ist die Erkrankung glücklicherweise nicht lebensgefährlich.

David Abrahamowicz gestorben.

Ein Paladin der Reaktion.

Mit Staunen vernimmt man die aus Lemberg kommende Nachricht, daß David „Ritter von“ Abrahamowicz, ehemals Wirklicher Geheimrat und Kämmerer Franz Josephs, gestorben ist. Schon damals, als Abrahamowicz Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses war, hatte er schneeweißes Haar zu seinem goldenen, scharfen Gesicht mit der großen Hutennaße, den tief liegenden Augen und den scharf eingeschnittenen Falten bis über die Mundwinkel herab. Es war ein wahres Raubvogelgesicht und selbst in dem vielvölkergemischten des alten österreichischen Abgeordnetenhauses wirkte dieses Antlitz fremdartig, und da es auf einem langen hageren Körper saß, geradezu gespenstlich. Er war ein Armer, aber nichtsdestoweniger ein Führer des polnisch-östgalizischen abgigen Großgrundbesitzes; vielleicht war die Familie noch zu jener Zeit eingewandert, als Polen neben Mlawen auch die ganze Ukraine umschloß und von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer reichte. Jedenfalls war Abrahamowicz einer von jenen polnisch-österreichischen Patrioten, die zu den Herren im Reiche gehörten und darum mit äußerster Energie jede aufkeimende Opposition niederknüllten. Das galt ebenso für die bäuerlichen ukrainischen und polnischen Volksparteien in Galizien, wie für die sozialistische Arbeiterbewegung in ganz Österreich, zu der auch das Proletariat der wenigen größeren galizischen Städte wie Krasau, Lemberg, Przemysl kamptroste, temperamentsvolle und opferbereite Scharen unter der Führung junger feuriger Agitatoren, vor allem Ignaz Daszynski stellte.

1896 wurde der galizische Statthalter Graf Kasimir Badenit u. t. Ministerpräsident. Um die Tschechen für sich zu gewinnen, erließ er jene Sprachenerordnungen, die die jahrelange Obstruktion der deutschbürgerlichen nach sich zogen. Im März 1897 waren zum ersten Male 72 Abgeordnete des allgemeinen Wahlrechts, natürlich nur für Männer, zu den 353 Abgeordneten der verschiedenen Wählerklassen hinzugezogen, darunter 14 Sozialdemokraten fast aller österreichischen Nationen, die jedoch einer einheitlichen selbstgeschlossenen Verband bildeten. Als nun im Spätherbst 1897 die aus feudalen Großgrundbesitzern und bürgerlichen Slawen bestehende Regierungsmehrheit den Versuch machte, die deutschbürgerliche Obstruktion durch gewalttätigen Bruch der Geschäftsordnung zu erlösen, da traten die 14 Sozialdemokraten mit größter Energie für die Freiheit des Parlaments ein. Das damalige Präsidium, bestehend aus David Abrahamowicz und dem Jungtschechen Dr. Kramarich, ließ sich die Vollmacht erteilen, widerpenstige Abgeordnete durch Polizei aus dem Hause entfernen zu lassen. Als gegen den Alldörmischen R. S. Wolf zum ersten Male diese Vollmacht angewendet wurde, gab es kein Halten mehr. Unsere Genossen führten das Präsidium und wenn dann auch sie von der Polizei aus dem Saale geschleppt wurden, so war doch die Arbeiterschaft Wiens inzwischen auf den Plan getreten. Sie füllte den ganzen weiten Raum vor dem dornischen Parlamentspalast bis zur Universität hin, wo die freiheitlichen Studenten gleichfalls Kämpfe mit der Polizei ausfochten. Militär wurde aufgeführt, zumal auch in diesen Brodinzuständen die Empörung ausbrach — aber Polizeiatacken und Bajonettangriffe, selbst die Salvo bosnischer Soldaten in Graz konnten nichts mehr an der revolutionären Energie der Massen ändern. Nach wenigen Tagen mußte Badenit zurücktreten, das Volk hatte gesiegt.

Eigentlich schon seit jener Zeit war David Abrahamowicz ein stiller Mann, ein polnisch-toter Mann. Nicht ganz zehn Jahre aber nach jenen Stürmen war das allgemeine gleiche Wahlsrecht für das österreichische Parlament erkämpft. Die Bahn wäre frei gewesen für einen Neuaufbau des Vielvölkerstaates als eines Bundes freier Nationen. Die Sozialdemokratie hatte es längst gefordert. Aber es ist dazu nicht mehr gekommen und daran ist Österreich zugrunde gegangen.

Ratifizierung des Achtstundentages?

Wie wir hören, hat die Reichsregierung dem Internationalen Arbeitsamt in Genf durch dessen Direktor Thomas mitteilen lassen, daß sie in der Frage des Arbeitszeitabkommens bereit sei, die Washingtoner Vereinbarungen sofort nach der Verabschiedung des deutschen Arbeitsschutzgesetzes, das inhaltlich den Bestimmungen des Abkommens entspricht, zu ratifizieren. Die Reichsregierung rechnet damit, daß der Reichswirtschaftsrat den Gesetzentwurf Ende April oder Anfang Mai dem Reichsrat zuleiten wird, so daß sich der Reichstag noch vor Beginn der Sommerferien mit dem Gesetz beschäftigen könnte.

Wir wissen nicht, wie man im Internationalen Arbeitsamt diese Mitteilungen der Reichsregierung aufgenommen hat. Auf uns macht jedenfalls diese Mitteilung den Eindruck eines verfrühten Neujahrswunschs. Ganz abgesehen davon, daß der Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes nicht zu vereinbaren ist mit dem Abkommen über den Achtstundentag, muß man sich fragen, welchen Zweck die Mitteilung hat, daß dieser Entwurf dem Reichswirtschaftsrat zugegangen und von diesem vielleicht im April oder Mai an den Reichsrat gehen wird. Wenn sich dann der Reichstag mit dem Entwurf wirklich noch vor Beginn der Sommerferien beschäftigen könnte, dann würde es sich bestenfalls nur um die erste Lesung und Ueberweisung an den Ausschuss handeln.

Wir nehmen nicht an, daß die Reichsregierung, die ja nur noch die laufenden Geschäfte zu erledigen hat, ernsthaft glauben kann, daß sie mit ihren Mitteilungen in Genf den Eindruck erwecken wird, sie könnte noch die Ratifizierung des Abkommens von Washington vornehmen. Welchen Zweck diese Mitteilung ist wirklich unerfindlich.

Umtriebe unter erwerbslosen Schauspielern.

Der sogenannte Reichsausschuss der erwerbslosen Schauspieler Deutschlands, der sich inzwischen mit einer in weiten Kreisen unbekannteren „Gewerkschaft Deutscher Sektensarbeiter“ verbunden haben soll, treibt sein Unwesen unter den Opfern der Wirtschaft- und Theaterkrise weiter. Nach Zeitungsberichten hat wiederum eine Versammlung stattgefunden, in der nunmehr die Erwerbslosennot durch die „Ausstellung eines neuen Kulturprogramms“ gelöst werden soll. Es müssen nach dem Willen des „Reichsausschusses“ in allen Industriezentren „Theater der Werktätigen“ entstehen (wer denkt hier nicht an den „Kongress der Werktätigen“?), in denen das arbeitende Volk billige und erstklassige Bühnenkunst dargeboten bekommen soll. — Wenn weiter von einer „neuen Arbeitsgemeinschaft“ der erwerbslosen Schauspieler gesprochen wird, der angeblich auch die Genossenschaft Deutscher Bühnenangehörigen beigetreten sein soll, so handelt es sich um einen aufgelegten Schwindel.

Die Bühnengenossenschaft führt die von ihr angekündigte Aktion in Gemeinschaft mit ihrer Spitzenorganisation, dem A.F.V. Bund, konsequent durch, und es darf mitgeteilt werden, daß der Appell dieser beiden Organisationen an das Reichsarbeitsministerium und die Länderministerien, nicht zuletzt auch durch die tatkräftige Unterstützung der Sozialdemokratie im Reichstag, bereits von Erfolg begleitet ist. Die ersten Beträge aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge zur Veranstaltung von Theateraufführungen sind inzwischen angewiesen.

Umfrage des Deutschen Werkmeisterverbandes.

Berlin, 28. Dezember. (U.) Der Deutsche Werkmeisterverband hat kürzlich eine Enquete veranstaltet, der die Untersuchung der Stellung des Werkmeisters seit dem Kriege und besonders unter dem Einfluß der Betriebsrationalisierung oblag. Die Untersuchungen kamen im wesentlichen zu dem Schluß, daß sich die berufliche Funktion des Werkmeisters stark verschoben, daß aber auch in dem veränderten Produktionsrahmen

der Werkmeisterberuf seine Bedeutung nicht eingebüßt habe. Die organisatorische Beeinflussung des Betriebes und der Produktion durch den Werkmeister hängt auch heute von seiner persönlichen Qualifikation und seinem sachlichen Einfluß ab. Richtig ist, daß der Werkmeister heute in vielen Betrieben weniger befragt wird, als vor dem Kriege. Dennoch scheint der Höhepunkt in der Ablehnung der praktischen Werkmeistererfahrung bereits überschritten zu sein. Eine mehr oder weniger völlige Ausschaltung des Werkmeisters aus der Festlegung des Fabrikationsganges war im Betriebsbetrieb nicht möglich, da eine Vereinheitlichung der Schiffschritte im Sinne der Normisierung praktisch kaum durchführbar ist und der technische Fortschritt den Meister in seiner Stellung nicht zurückdrängen vermochte.

Die Tagungen des Internationalen Arbeitsamts.

Gegenüber verschiedenen Pressemitteilungen, nach denen schon die nächste Verwaltungsratsitzung des Internationalen Arbeitsamts in Berlin abgehalten werden sollte, steht nunmehr fest, daß die nächste Verwaltungsratsitzung ab 20. Januar 1927 nach Genf einberufen worden ist. Der eigentlichen Verwaltungsratsitzung gehen mehrtägige Beratungen der Marinekommission voraus, wahrscheinlich auch solche des Komitees für die Ratifizierung des Achtstundentages. Sicher wird in der ersten Verwaltungsratsitzung des kommenden Jahres auch der Geschäftsbericht über das letzte Vierteljahr erstattet und die Tagesordnung für die internationale Arbeitskonferenz im Jahre 1928 festgelegt werden. Dagegen findet die für April vorgesehene Verwaltungsratsitzung des Internationalen Arbeitsamts in Berlin statt, für die bisher weder der genaue Zeitpunkt, noch eine bestimmte Tagesordnung vorgelegen sind.

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Geiger; Wirtschaft: G. Klingenhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Stricker; Sozialdemokratie: A. G. Fischer; Sozial- und Sozialisten: F. H. Kersch; Angelegenheiten: H. Glöck; Familien in Berlin: Berlin: Hermanns-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Buchdruckerei und Verlagsanstalt; Paul Sinner u. Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 2. Stern 1. Klasse und „Unterhaltung und Wissen“.

Ab 3. Januar



in allen Stadtteilen

Leipziger Str. • Alexanderplatz • Frankfurter Allee
 Belle-Alliancestr. • Brunnenstr. • Kottbuser Damm
 Wilmersdorfer Str. • Gr. Frankfurter Str. • Chausseestr.

Am Montag, den 3. Januar, beginnt unser Inventur-
KAUF
 in fast allen Abteilungen.

Preise
 zum Teil bis zur
 Hälfte
 herabgesetzt!

HERMANN TIETZ



Im Norden Berlins, in der Invalidenstraße, gegenüber dem Neuen Tor, befindet sich ein großer Häufertempel, dessen mittleres Gebäude die Sammlungen des Museums für Naturkunde beherbergt. Der größte Raum wird von den zoologischen Sammlungen in Anspruch genommen, im rechten Flügel ist das zoologische Institut untergebracht; im Hauptgebäude befinden sich die Institute für Paläontologie und Mineralogie. Die zoologische Sammlung wiederum zerfällt in zwei große Abteilungen, in die dem Publikum zugängliche Schauammlung und in die große wissenschaftliche Sammlung.

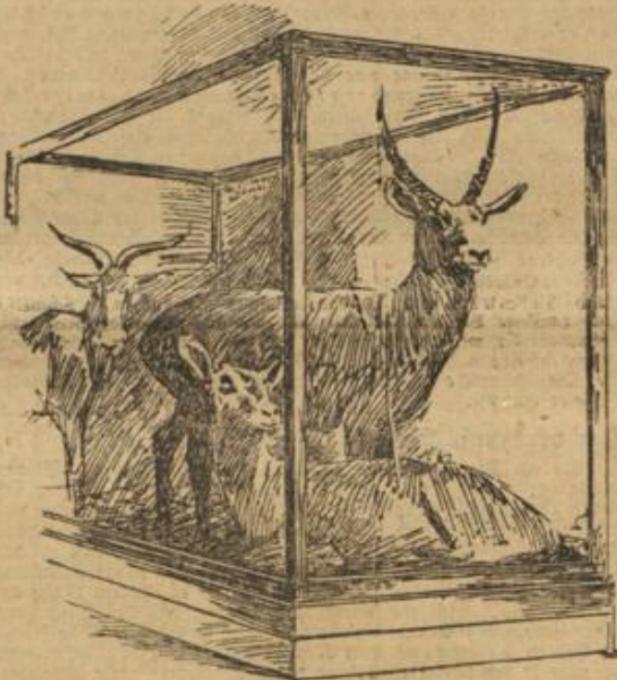
Aus der Geschichte des Museums.

Nach der Gründung der Berliner Universität im Jahre 1809 wurden im zweiten Stockwerk des Universitätsgebäudes die naturwissenschaftlichen Sammlungen vereinigt, mit dem Bestreben, eine für den Unterricht der Studierenden notwendige, aber auch der Öffentlichkeit zugängliche Sammlung zu schaffen. Die anfänglichen Sammlungen des Museums waren natürlich im Gegensatz zu den heutigen recht bescheiden. Im Laufe der Jahre wurde das Museum durch Schenkungen, durch die Ausbeute von Sammlern und Expeditionen, die in fernen Erdteilen ihr Glück versuchten, und durch den Ankauf von Material wesentlich bereichert. Um die Förderung des Museums haben sich eine Reihe von Wissenschaftlern und Sammlern hochverdient gemacht. Der erste Leiter des neuen Instituts war ein bekannter Insektenforscher, Professor Illiger. Ihm folgte Dr. Heinrich Sichtein, unter dessen Leitung die Sammlungen des Museums erheblich gefördert wurden. Inzwischen, 1814, wurde die bereits schon neun Säle einnehmende Sammlung dem Publikum zugänglich gemacht. Mit der stetigen Vermehrung der Sammlungen wurde auch eine Erweiterung des zur Verfügung stehenden Raumes notwendig. Man ging mit dem Gedanken um, die Sammlungen in einem zu diesem Zwecke neu zu erbauenden Gebäude in der Invalidenstraße unterzubringen. Der nach dem Tode Vichtensteins im Jahre 1857 neu ernannte Direktor Professor Peters setzte diesen Bestrebungen energischen Widerstand entgegen. Trotzdem wurde mit dem Neubau in der Invalidenstraße begonnen. Zunächst sollten alle Räume des neuen Gebäudes als Schauammungen eingerichtet werden, doch es gelang dem damaligen Direktor Professor Möbius, zu erwirken, daß die Schauammlung von der wissenschaftlichen Hauptammlung getrennt wurde. Im Jahre 1888 wurde der Umzug zur Invalidenstraße bewerkstelligt und zwei Jahre später die Schauammlung eröffnet. Die Trennung zwischen Schau- und wissenschaftlicher Hauptammlung war durch das ungeheure Anwachsen des Materials notwendig geworden. Es wäre für das Publikum ermüdend und unübersichtlich geworden. Jetzt begann eine neue Blütezeit für das Museum. In Afrika und anderen Erdteilen wurde von Reisenden naturwissenschaftliches Material gesammelt. Die Akademie der Wissenschaften unterstützte Forschungsreisende und Expeditionen. Kaufleute, Reisende und Kolonialbeamte sammelten für das Museum. Die Sammlungen wuchsen so an, daß wiederum an die Erweiterung

des Museums gedacht werden mußte. Das alte Gebäude wurde während der Kriegszeit durch einen Anbau wesentlich vergrößert. Ein besonderer Etat für das Museum wurde bis zum Jahre 1842 vom Staate nicht geführt. Die Mittel zur Unterhaltung der Sammlungen und zu deren Erweiterung durch Ankauf mußten jedesmal durch Eingaben herbeigeholt werden. Erst zur angegebenen Zeit wurde ein besonderer Etat aufgestellt und zwei wissenschaftliche Verwaltungsbeamte ernannt, von denen der erste 300 Taler und der zweite 300 Taler jährlich bezog!

Die Schauammlung.

Die dem Publikum zugängliche Schauammlung wurde im Erdgeschoß des Museums untergebracht. Sie soll dem Besucher einen Ueberblick über das Tierreich geben, ihn über die Anatomie, die Lebensweise und Lebensbedingungen der Tiere unterrichten. Der paläontologische Teil der Sammlung (Paläontologie ist die Lehre von den Tieren und Pflanzen der Vorwelt) gibt einen Ueberblick über



Gazellen

die Riesentiere längst vergangener Erdperioden. Sie stehen da neben den riesenhaften Skeletten jetzt noch lebender Riesentiere, wie den Wälen, den großen Säugetieren nordischer Meere, und den Haiischen, den riesigen, räuberischen Fischen. Andere Säle beherbergen Sammlungen aus dem Reich der Säugetiere, der Vögel, Fische, Reptilien, Insekten und der niederen Tierwelt: der Schnecken, Würmer und Blumentiere, in systematischer Anordnung. Aber auch die Anatomie, der Bau des tierischen Körpers und seiner Organe kam zu seinem Recht. Neuerdings ist man von dieser alten Art der systematischen Aufstellung der Tiere abgekommen. Die Anordnung, die häufig recht gedrängt war, wirkte auf den Besucher wenig anziehend, und vor allen Dingen recht ermüdend. Daher wurde im Laufe der letzten Jahre eine vollständige Umgestaltung der Schauammlung vorgenommen. Die alte Art der Aufstellung soll immer mehr in den Hintergrund treten. Die neue Art der Aufstellung und Einrichtung der Schauammlung verspricht eine wahre Volksbildungsstätte zu werden. Soweit in der Schauammlung vorläufig noch die alte Art der Aufstellung beibehalten werden muß, sind die Schauobjekte nicht mehr in der gedrängten Form aufgestellt, und nach Möglichkeit werden nur charakteristische Vertreter der Tiergruppen gezeigt. Da die Umstellung noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird, so muß noch eine große Zahl nicht gerade musterhaft und naturgetreu präparierter Tiere in den Vitrinen aufgestellt werden, zumal es oftmals nicht leicht und auch mit großen Kosten verbunden ist, für alles, was verschwinden sollte, Ersatz zu schaffen. Doch macht sich überall der Geist der neuen Aufstellung bemerkbar, der besonders dort auffällt, wo zwischen den „alten“ Tieren neu ausgestopfte stehen oder wo kleine Gruppen eingesprengt sind, die uns die Lebensweise des betreffenden Tieres vor Augen führen. Im neu eröffneten Teil der Schauammlung, die uns in der Hauptsache unsere heimische Tierwelt zeigt, sollen die biologischen Gruppen auf, die mit großem künstlerischen Verständnis in echter Naturtreue dargestellt sind. Die charakteristischen Vertreter unserer Tierwelt haben dort in dem Milieu, in dem sie leben, Aufstellung gefunden. Wir sehen in mehr oder weniger großen Vitrinen wohlbekannte Gestalten aus dem Vogelreich, wie die Elster mit ihrem überdachten Nest, das Rebhuhn im Kleefeld mit seinen Jungen, die Rostmeise der in Erdhöhlen lebenden Erdschwalben, den Eisvogel und viele andere in einer für sie besonders geltenden Lebensweise; Frösche, Eidechsen und Schlangen in ihrem Lebensmilieu, die Lebensbedingungen der Insektenwelt und vieles andere. Der Glanzpunkt der Schauammlung sind die großen zoologischen Gruppen wie der nordische Vogelfelsen, der uns die große Zahl der mehr oder weniger beschwingten Bewohner der nordischen Meere vor Augen führt. Daneben sind zwei weitere große Gruppen zu sehen, die die Tiere der Alpenwelt zeigen. Unter den aufgestellten Gruppen deutscher Tiere werden stets diejenigen ausfallen, die größere deutsche Säugetiere in ihrer Lebensweise zeigen. Das sind namentlich die Rehgruppen, von denen die eine dieses Tier im Sommer am Gebirgsfuß, die andere in wintertlicher Schneelandschaft am Rande einer Felsenschonung zeigt. Andere Gruppen stellen das im Aussterben begriffene Wisent dar, das in vergangener Zeit unsere Wälder bewohnte, eine weitere zeigt Wildschweine, wie sie sich in einer feuchten, moosigen Stelle, einer Suble, im Walde wohlfühlen, eine andere stellt Wölfe im Schnee dar, die nur noch als Ueberläufer während strenger Winter von Rußland her nach Deutschland gelangen. Die seltene Wildkatze und ihr Verwandter, der Luchs, werden ebenfalls in naturgetreuen Gruppen gezeigt. Aus dem märkischen Kleinstadtwald ist die Fuchsgruppe genommen, in der die jungen Fische mit der von den Eltern beimgebrachten Beute spielen.

Die wissenschaftliche Hauptammlung.

Im Gegensatz zur Schauammlung beherbergt die wissenschaftliche Hauptammlung ihr außerordentlich reichhaltiges Material in gedrängter Form, das heißt in großen Vitrinen, Schränken und Kästen. Im allgemeinen werden Säugetiere und Vögel in der natürlichen Haltung und ihrem Aussehen nur noch für die Schauammlung konserviert und aufgestellt. Für wissenschaftliche Zwecke genügt es, wenn, abgesehen von ihrem Skelett und Körperteilen, nur der Balg vorhanden ist. Reinerer Arten werden allerdings mit irgendwelchen Stoffen ausgefüllt, um so zum Beispiel die Form eines tot daliegenden Vogels zu erhalten, die auch für den wissenschaftler handlicher und praktischer ist. Vor allen Dingen nehmen derartig präparierte Tiere weit weniger Raum ein. Da sie in geschlossenen Kästen oder Schränken aufgehoben werden können, sind sie dem verderblichen Lichte und zerstörenden Ungeziefer nicht aus-

Die Wunder der Klara van Haag.

49) Von Johannes Buchholz.

Aus dem Dänischen übersetzt von Erwin Magnus.
 „Dann sollte es vielleicht Kaufmann Salomons Efrida sein?“
 „Die hat ja einen roten Kopf. Sie müßte so ein bißchen blaß sein.“
 „Oder Schuhmachers Dues Fanny.“
 „Schuhmacher ist ein Schimpfwort, das du mir nicht bieten kannst.“
 „Es sind geachtete Leute, und sie ist neulich erst aus dem Krankenhaus gekommen. Da ist sie doch blaß genug.“
 „Wir stellen sie beiseite und untersuchen sie später.“
 „Nein, laß uns jetzt eine Entscheidung treffen. Nimm noch ein bißchen Teig, ehe er in den Ofen kommt.“
 „Danke, es liegt mir nun eigentlich ein bißchen schwer im Magen. Außerdem finde ich, ich muß beleidigt sein, wenn du mir derartige Frauenzimmer anbietest, damit ich meine geliebte dänische Leib- und Magenbraut, Minna Lund, ver- gesse!“
 „Ach, ich vergaß ganz — —“
 „Aber ich nicht; ich dachte im rechten Augenblick an sie! Ist sie noch unbemannt?“
 „Ja, ja. Aber sonst sind große Veränderungen mit ihr vorgegangen. Ihr Vater ist vorigen Monat gestorben und sie hat ein Modengeschäft in dem Laden angefangen. Es soll ganz gut gehen, sagen die Leute. Und dann hat sie ein paar Gefanasschüler.“
 „Schön, schön,“ sagte Sivert. „Ach und eine Modewarenhändlerin! Ich und eine singende Modewarenhändlerin, ich singe selbst. Glaubst du, daß sie mich vergessen hat?“
 „Das hat sie wohl nicht.“
 „Das habe ich auch zuverlässlich gehofft. Sie war es ja, die verhinderte, daß ich im Gesellschaftsverein aufgenommen wurde. Aber wenn sie mich nun vergessen hat — —“
 „Nun ja, das hat sie wohl. Sie ist ja kein Kind mehr. Die Leute sind so böse und niederträchtig; sie sagen, sie sei direkt darauf verfallen, einen Schach zu kriegen. Sie sagen auch, daß sie immer den Hut empfiehlt, der am schlechtesten kleidet, damit die andern sie nicht ausstechen. Sie ist, wie gesagt, gut und schön an die Dreißig!“
 „Gut. Mehr als gut,“ sagte Sivert zufrieden.

„Aber wenn du sie willst, dann solltest du dich, glaube ich, beeilen, solange Vater noch etwas Geld hat.“ Sie rennt ja augenblicklich diesem Bahningenieur nach, der hierhergekommen ist. Nicht seiner Schönheit oder seiner Tugend wegen, sondern einzig und allein, weil er einen gelben Mantel mit Rückengurt und einen langen Feldstecher auf drei Beinen hat.“
 „Den steche ich in jeder Beziehung aus,“ sagte Sivert mit einer Handbewegung.
 „Ob du dich nicht in den „Gesellschaftlichen“ einmischen solltest.“
 Dies schien Sivert ein guter Rat zu sein. Er nahm Emanuel mit als eine Art Fremdenführer und Dolmetscher. Buchhändler Dahlberg nahm die Anmeldung entgegen, ohne die geringsten Bedingungen zu stellen. Sivert knisterte mit einigen Scheinen.
 „Es macht vier Kronen im Jahr,“ sagte Dahlberg.
 „Dann möchte ich für drei Jahre vorausbezahlen,“ sagte Sivert mit rauher Stimme.
 „Für drei Jahre?“ Dahlberg hatte eine Barilfliege, die zittern konnte.
 „Yes,“ sagte Sivert unerschütterlich.
 In Hause war Sivert fast Alleinherrscher, weil der Vater beinahe alle Tage der Woche in der Ziegelei sein mußte. Der Betrieb sollte ja baldigst beginnen; es zeigte sich aber so große Mängel am Material, daß sowohl Zeit wie Geld in unheimlichem Maße hinschwand. Die Lokomotive war zugewachsen vor lauter Kesselstein und der Treibriemen fort; die anderen Maschinen waren in ähnlicher Weise ramponiert. Es konnte nicht die Rede davon sein, den Betrieb vor dem nächsten Frühjahr aufzunehmen. Gott sei Dank, daß Egholm an allen Ecken und Kanten der Stadt Kredit hatte. Was kosteten doch die Kohlen! Grautames Geld. — Einiges Bargeld mußte doch auch für die Arbeitslöhne zum Frühjahr beireisliegen.
 Ja, es war nicht lauter Vergnügen, ein großer Mann zu sein. Aber alle Mühe und Spekulation machten nichts, wenn nur die Gnädige mit den großen braunen Augen zufrieden mit einem war.
 Es war gerade lustig, Schwierigkeiten zu überwinden. So war es schwer gewesen, einen Brandmeister für das Werk zu bekommen. Aber Cornelius Worm nahm die Sache in die Hand und verschaffte einen Mann, der sogar sehr billig und verständnisvoll war.
 Nur ein einziger guter Brand, dann wäre man obenauf, sagte der Mann. Und als einen Teil seiner Bezahlung

könnte er gern die Bruchsteine nehmen, die es gäbe. Es gäbe ja leider immer welche.
 Egholm fand den Vorschlag gut, und es wurde ein Vertrag darüber in Cornelius Worms Bureau aufgesetzt.
 Emanuel und sein Vater waren zusammen in der Ziegelei. Emanuel fand, daß es sehr ausgestorben und vergangen aussah. Der Wintersturm hatte große Mengen Dachsteine vom Bremshaus gerissen, so daß die blaffen Rippen der Latten herausquakten. Aber dieses wie die anderen Mängel waren ja nur Kleinigkeiten. Schließlich kamen sie an die Lehmgrube. Der Vater nickte lächelnd: „Die muß dir doch wenigstens imponieren. Hast du je eine solche Ausdehnung gesehen?“
 „Ist der Lehm auch gut?“ sagte Emanuel und zerbröckelte einen Klumpen zwischen den Fingern. Es gab dem Vater einen kleinen Ruck.
 „Sagst du auch etwas von dem Lehm. Ja, ursprünglich fand ich auch, daß es verdammt schlecht sei, aber — aber, wir verstehen ja — Gott sei gefobt — nicht besonders viel davon, was gut und was schlecht ist. — Daß die Lehmgrube groß ist, soviel verstehen wir jedoch. Gott weiß — nirgends im Land gibt es eine größere!“
 Dies war nicht lauter Ubertreibung. Man konnte sehen, wo die Porenschienen einmal über das andere nach Osten, fast bis zur Grenze des Nachbargrundstücks gelegt gewesen waren.
 Emanuel grübelte ein Weilchen; dann sagte er mit halbem Lächeln: „Was wird immer größer, je mehr man davon wegnimmt?“
 „Was meinst du? Ach so, der alte Bij. Ein Loch.“
 „Ein Loch, ja,“ sagte Emanuel und folgte mit der Hand dem geschwungenen Umriss der Lehmgrube.
 „Du meinst, daß — daß hier viel weggenommen ist. Ja, ja — aber — hier ist sicher noch viel übrig für uns,“ sagte Egholm. Kurz darauf sprachen sie wieder über all die Arbeiten, die unternommen werden sollten, ehe der Betrieb zum Frühjahr richtig in Gang kam. Doch konnte zuweilen etwas Springendes, Geistesabwesendes über Egholms Rede kommen.
 Emanuels Gedanken beschäftigten sich übrigens nicht viel mit anderen Angelegenheiten als den eigenen. Frau van Haag — die ja das meiste von der West regierte — hatte ihm eine Bankstellung in einer Nachbarstadt verschafft. Das konnte ja etwas zu denken geben. Bald sollte er die Stellung antreten. Und er sehnte sich danach. Es war zwar amüsant, Karussell zu fahren — aber nicht den ganzen Tag.
 (Fortsetzung folgt.)

gefehrt. Abgesehen von diesen Insektenarien, werden Angehörige der anderen Tiergruppen in einer Konservierungslösung erhalten. Zu jeder Abteilung gehört eine besondere Bibliothek, deren Werke sich speziell mit der betreffenden Tierfamilie befassen, die in der Abteilung untergebracht ist. Außerdem ist noch eine große Hauptbibliothek vorhanden, die Zeitschriften und Werke allgemein zoologischen Inhaltes beherbergt.

Die Werkstätten.

Zur Herstellung der vielen Präparate und zur Präparation und Aufstellung der Tiere sind besondere Werkstätten vorhanden, in denen die Präparatoren arbeiten. Besonders die Herstellung der Tiergruppen in der Schausammlung legt eine eingehende Kenntnis des lebenden Tieres voraus, und sie verlangt auch künstlerisches Verständnis. Sollen doch die präparierten Tiere eine naturgetreue Wiedergabe des lebenden sein. Die biologischen Gruppen sollen das Tier in seiner natürlichen Umgebung zeigen. Sie nehmen zur Herstellung eine lange Arbeitszeit in Anspruch, da auch das bei den großen Gruppen darzustellende Landschaftsbild der Natur entnommen werden muß. Das Berliner Museum kann sich rühmen, eine Anzahl ausgezeichneter Präparatoren zu haben. Weiter ist eine Tischlerei, eine Schlosserei und eine Gerberei vorhanden, die die laufenden Arbeiten erledigen und für Herstellung und Instandhaltung der notwendigen Dinge sorgen. Ferner stehen den wissenschaftlichen Beamten eine Anzahl unterer Beamten und Angestellten zur Verfügung, die zur Erhaltung der Sammlungen notwendige Arbeiten verrichten.

Die Schausammlung des Museums ist geöffnet: Unentgeltlich: am Mittwoch und am Sonnabend von 10 bis 2 Uhr, am Sonntag von 12 bis 3 Uhr. Gegen ein Eintrittsgeld von 50 Pf. für den einzelnen, von 10 Pf. für jeden Schüler in Begleitung eines Lehrers: am Montag und Donnerstag von 10 bis 2 Uhr. Am Dienstag und Freitag ist sie geschlossen. Die Schausammlung ist wochentags stets zu einer Zeit geöffnet, zu welcher es der wertvollsten Bevölkerung Groß-Berlins nicht möglich ist, dem Museum einen Besuch abzustatten. Es wäre wohl angebracht, diesem Umstande dadurch zu begegnen, daß das Museum auch in den Abendstunden seine Pforten öffnet, um jedem die Möglichkeit eines Besuchs zu geben.

„Mit Gung!“

Und mit dem Knöchel dreimal auf den Tisch geklopft.

Ein solcher Bezirkschornsteinfegermeister, der längere Zeit im Südwesten der Stadt sein Unwesen trieb, wurde gestern endlich unschädlich gemacht. Er entpuppte sich als ein 31 Jahre alter „Krautmann“ Erwin Koh, der sich ohne feste Wohnung in Berlin aufhielt und in Hotels einen guten Tag lebte.

Koh war früher einmal bei einem Schornsteinfegermeister in der Behre und mußte daher auf diesem Gebiete noch etwas Bescheid. Er ließ sich einen Stempel anfertigen mit der Aufschrift: „Bezirkschornsteinfegermeister H. Barsh, Berlin SW, Planufer 75/76“, ohne daß der Träger dieses Namens, der wirklich Bezirkschornsteinfegermeister ist, davon eine Ahnung hatte. Um ganz vorsichtig zu sein und jeden Fehler zu vermeiden, bestellte er auch noch Quittungsformulare bei derselben Druckerei, die auch für die Schornsteinfegerprüfung arbeitet. Mit diesen durch Unterschrift und Stempel gefälligen Quittungen schickte er irgendeinen Jungen besonders in Häuser, die Aktiengesellschaften gehören, und ließ Beiträge von 100 bis 150 Mark einziehen. Dit kam er auch selbst. Dann machte er die Leute besonders dadurch sicher, daß er sich mit dem aus seiner Behrzeit ihm noch bekannten Handwerksgruß einführte. Wie ein richtiger Meister klopfte er mit dem Knöchel dreimal auf den Tisch, erhob dann die Hände und sprach: „Mit Gung!“ So schloß, wenn er selbst kam, erst recht niemand Verdacht. Am Dienstag schickte er einen Jungen zu Habel unter den Linden. Der Geschäftsführer traute der Sache nicht recht und schickte dem Boten auf den Zahn. Der sagte, sein Auftraggeber warte auf ihn am Weidenbaum. Man folgte dem Jungen heimlich und ließ den Bezirkschornsteinfegermeister in dem Augenblick festnehmen, als er das Geld einstecken wollte. Bis jetzt waren der Kriminalpolizei zehn Schwindelbeuten dieser Art angezeigt worden. Koh hat aber viel mehr auf dem Kerbholz. Er selbst weiß gar nicht mehr, wo er überall faßert hat. Die meisten Schwindelbeuten werden wohl erst am den Tag kommen, wenn der richtige Meister Barsh zum Einziehen des Geldes kommt. Mitteilungen zur weiteren Aufklärung nimmt Kriminalsekretär Neumann im Polizeipräsidium entgegen.

Immer noch Aktenschiedungen in Moabit.

Die „Spielverluste“ des Rechtsanwalts Meyer.

Gegen Rechtsanwalt Dr. Ludwig Meyer ist die Anklage nunmehr erhoben worden, die Anklageschrift wird noch in dieser Woche zugestellt werden, so daß bereits im Januar die Hauptverhandlung stattfinden wird. Angeklagt wird Dr. Meyer wegen Verletzung und Anstiftung bzw. Beihilfe zur qualifizierten Aktenschiedung in zwei Fällen. Wie die Ermittlungen ergeben haben, sind die Einnahmen von Dr. Meyer für seine „Rechtshilfe“ nicht unbedeutend gewesen. In dem einen Anklagefalle der Aktenschiedung, der einen Sargsteheranten L. betrifft, soll Dr. Meyer nicht weniger als 4000 Mark erhalten haben. L. hatte wegen Hehlerei eine Gefängnisstrafe zu verbüßen und hatte die Hilfe Dr. Meyers in Anspruch genommen, um im Gnadenwege einen Erlass der Strafe zu erzielen. Dafür hatte er zunächst 1000 Mark gezahlt. Eines Tages rief Dr. Ludwig Meyer bei ihm an und sagte ihm, die Sache gehe gut, er solle nachmittags zu ihm ins Bureau kommen, aber sich recht viel Geld einstecken. Als L. dort erschien, sagte ihm Dr. Meyer sofort, er habe in der Nacht große Spielverluste gehabt und müsse gleich 2000 Mark haben. L. entnahm den Betrag seiner Brieftasche, und Dr. Meyer sagte ihm dann, er solle in der Nähe in einer Werkstatt auf ihn warten. Von dort ließ ihn Dr. Meyer aber nochmals ins Bureau bitten und ersuchte ihn, daß er mit dem Gelde nicht auskomme und noch 1000 Mark brauche. Er habe viele Ausgaben, da er im Justizministerium und mit Parlamentariern wegen der Begnadigung zu verhandeln habe. Auch diesen Betrag zahlte L. ohne weiteres. Die „Begnadigung“ wurde dann auch mit Hilfe der Justizbeamten auf dem Wege der Aktenschiedung bewirkt. L. behauptet nun, daß er Geld nur für den Gnadenakt gegeben habe und nicht zur Bestechung. Nach dem Geständnis von Dr. Meyer soll L. jedoch genau im Bilde gewesen sein, auf welchem Wege die „Begnadigung“ erfolgte sei. Die Akten im Fall L. sind inzwischen bekanntlich wieder herbeigeschafft worden. L. ist gestern aus der Untersuchungshaft entlassen worden, es wird gegen ihn Anklage wegen Beihilfe zur Beamtenbestechung erhoben werden.

Steuervergünstigung für Kriegsbeschädigte.

Nach dem Erlass des Reichsfinanzministeriums vom 9. Dezember bleiben die bisherigen Richtlinien über die Behandlung von Anträgen auf Erhöhung der steuerfreien Beträge im wesentlichen auch für das Jahr 1927 in Geltung. Danach ist, wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten mittels, die Erhöhung des gesamten steuerfreien Lohnbetrages von 100 Mk. monatlich um den Prozentsatz der Erwerbsbeschränkung ohne Einzelnachweis allen erwerbstätigen Kriegsbeschädigten zu gewähren, die mindestens 25 Proz. erwerbsbeschränkt sind. Für die nicht im Kriege, sondern aus anderen Ursachen Beschädigten wird wie bisher eine angemessene Erhöhung der steuerfreien Beträge ohne Einzelnachweis zugelassen. Über 60 Jahre alte Aktrentner, die im Wege des Härteausgleichs vom Versorgungsamt eine Rente erhalten, kann eine Erhöhung der steuerfreien Beträge gewährt werden. Für Kriegerwitwen gelten Aufwendungen im Haushalt, die durch die Erwerbslosigkeit der Witwe mit minderjährigen Kindern veranlaßt worden sind, aus-

drücklich zu den besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen, die durch Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages berücksichtigt werden können. Derartige Anträge von Kriegerwitwen sollen wohlwollend behandelt werden. Kinder erwerbstätiger Hinterbliebener, die sich in der Berufsausbildung befinden und über 18 Jahre alt sind, werden mittellose Angehörige gleichgestellt. Der Antrag für das Jahr 1927 ist sofort nach Erhalt der Steuerkarte für 1927 bei dem zuständigen Finanzamt unter Beifügung des letzten Rentenbescheides zu stellen. Auch Kriegsbeschädigte, die Vorauszahlungen nach Artikel 1 § 7 der zweiten Steuernotverordnung zu leisten haben (freie Verufe usw.) dürfen die mit Rücksicht auf die Kriegsbeschädigung entstehenden Mehraufwendungen für Werbungskosten von den Bruttoeinnahmen abziehen.

Arbeiter-Kultur-Kartell Groß-Berlin

Am Denkmal auf dem Kreuzberg, in der letzten Jahresstunde, nachts von 11—12 Uhr

Jahresendfeier 1926

Kantatino (Orchester) Schütz
Bach aus (Gemischter Chor) Wagner
Reisjahr — Roma-Jahr (Sprechchor) Schütz
Bedruhl (Gemischter Chor) Kirke
Kraich (Orchester) Mendelssohn

Mitwirkende: Der Sprechchor für Professionslose Feierstunden unter Leitung von Albert Florath, Biosordischer, Dirigent Joscha Horowitz. Der Gemischte Chor Groß-Berlin.
Kartenpreis 50 Pfennig. — Jacken à 30 Pfennig sind am Platze zu haben.

Deutscher Verkehrsbund fördert den Autoruf.

Besprechungen im Polizeipräsidium.

Eine Besprechung mit den Vertretern der Autorufgesellschaft, der Drohkassenverbände, des Deutschen Verkehrsbundes und der Stadt Berlin über die bisherigen Erfahrungen mit den Autoruffäulen fand gestern im Polizeipräsidium statt. Es wurde dabei festgestellt, daß die Einrichtung der Autoruffäulen sich räumlich wachsender Beliebtheit erfreue, und daß auch die vereinzelten Widerstände im Schwinden begriffen sind. Insbesondere erklärten auch die Vertreter des Deutschen Verkehrsbundes, daß die Kraftfahrer im steigenden Maße einsehen, daß es sich bei den Autoruffäulen um eine Einrichtung handelt, die jegliche Förderung verdient. Selbstverständlich kann sich der Nutzen des neuen Systems erst auswirken, wenn das Netz der Säulen noch weiter ausgebaut ist. In der Besprechung wurde weiter die Frage der Bezahlung der Anfahrts- und dabei nochmals darauf hingewiesen, daß nach dem Vertrag mit der Stadt Berlin für die Bestellung und die Anfahrts- vom Fahrgast nur eine Gebühr von 25 Pfennig zu erheben ist. Eine weitere Bezahlung kommt nicht in Frage. Man darf hoffen, daß sowohl die Drohkassenunternehmer als auch die Chauffeurs ausnahmslos einsehen werden, daß diese Gebühr ausreichend ist, und daß eine Erhöhung dieser Gebühr für die Weiterentwicklung des Drohkassenverkehrs nur schädlich sein dürfte. Im übrigen wurde festgestellt, daß es unrichtig ist, wenn behauptet wird, die Autorufgesellschaft rechne den Chauffeurs für die Schlüssel zu den Säulen 1,50 Mark an; die Schlüssel werden vielmehr umsonst geliefert. Schließlich kam noch zur Sprache, daß die Autorufgesellschaft den Chauffeurs vorgeschrieben habe, vor dem Hause, nach dem sie bestellt werden, ein dreimaliges Hupensignal zu geben, um ihre Ankunft anzukündigen. Uebereinstimmend war man der Ansicht, daß dieses Signal künftig unterbleiben müsse, da die Abgabe von Rufzeichen mit der Hupe verboten ist. Die Fahrgäste müssen selbst darauf achten, wann die bestellte Drohkasse eintrifft.

Der verkaufte Reichsbanktscheck.

Als ein Mann von phantastischen und hochfliegenden Plänen wurde der mehr als 80 Jahre alte Erfinder A., der sich wegen Diebstahls, Betruges und schwerer Urkundenfälschung vor dem Schöffengericht Charlottenburg zu verantworten hatte, bezeichnet. A. nennt sich selbst Erfinder und behauptet von sich, daß er das Kohlenstaubverfahren erfindet habe. Von seiner Erfindung habe er damals nichts gehabt, obwohl sie jetzt in starkem Maße bei den Zentralheizungen zur Anwendung komme, und den Ausmachern seiner Idee große Gewinne einbringt. Der Angeklagte ist in früheren Jahren wiederholt mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt gekommen, hat aber in den letzten 15 Jahren nichts Strafbares mehr begangen. Im vorigen Jahre mietete er von einem Herrn Meyer in Charlottenburg zwei Zimmer ab, um in ihnen einen Geschäftsbetrieb für neue Entdeckungen aufzunehmen, die die Ermittlung einer billigen Bauweise zum Ziel hatte. Es handelt sich aber um reine Schwindelpläne, und es schien A. nur darauf anzukommen, Leuten, die angestellt werden sollten, Rationen abzunehmen. Damit hatte er aber zu seinem Glück keinen Erfolg. Dagegen gelang es ihm, sich in den Besitz mehrerer Schecksblätter der Firma des Zeugen Meyer zu setzen. In einem der beiden von ihm abgemieteten Zimmer befand sich der Geldschrank der Firma, und A. hatte sich die Erlaubnis erbeten, seine Bücher in den Schrank mit einschließen zu lassen. Eines Tages ließ er sich von der Buchhalterin den Geldschrank aufschließen, angeblich, um auszumessen, ob eine Koffette hineinpaße. Unter einem Vorwand schickte er die Buchhalterin hinaus, und als sie zurückkam, erklärte er, daß die Sache

erledigt sei. Einige Tage später meldete die Reichsbank der Firma Meyer an, daß bei ihr ein roter Reichsbanktscheck vorgelegt worden sei, der nicht in Ordnung zu sein scheint. Es stellte sich dann auch heraus, daß aus einem Scheckbuch etwa sechs Blätter herausgerissen waren. A. hatte einen dieser Schecks benutzt, um sich einen Radioapparat zu kaufen. Es war ihm aber nicht bekannt gewesen, daß die roten Schecks bei der Reichsbank nur zur Kontouberweisung zwischen untereinander dienten. Das Gericht berücksichtigte, daß der alte Mann infolge starker Arterienverkalkung in seiner Intelligenz stark gelitten hat, und gab ihm für die Strafe von 3 Monaten Bewährungsfrist.

Der Berliner Verkehr in der Silvesternacht.

Die Untergrundbahn fährt die ganze Nacht.

In der Silvesternacht wird auf der Berliner Stadt- und Ringbahn und auf den meisten Vorortstrecken ein Sonderzugverkehr eingerichtet. Die Züge auf der Stadtbahn fahren etwa in Abständen von 12 und die auf der Ringbahn in Abständen von 30 Minuten.

Auf den Vorortstrecken verkehren folgende Züge: Auf der Strecke nach Jossen: Potsdamer Ringbahnhof ab 2.42 vormittags. Nach Lichterfelde-Ost: Potsdamer Ringbahnhof ab 1.58, 2.38, 3.20, 4.20 vormittags. Von Lichterfelde-Ost ab 2.17, 2.56, 3.41, vormittags nach Potsdamer Ringbahnhof und 4.23 vormittags nach Nordkreuz. — Auf der Wannseebahn: Wannseebahnhof ab 1.40, 2.40, 3.10, 3.45, vormittags nach Potsdam. Potsdam ab 1.20, 2.44, 3.44 vormittags nach Berlin Wannseebahnhof. Auf der Siedle Stadtbahn—Wannsee: Charlottenburg ab 2.53, 3.52 vormittags nach Wannsee, mit Anschluß nach Potsdam; Charlottenburg ab 2.53, 3.20, 3.52 vormittags nach Grünwald. Grünwald ab 1.14, 1.50, 2.50 nach der Stadtbahn. — Auf den Nordstrecken: Stettiner Vorortbahnhof ab 2.10 vormittags nach Bernau (an 2.46), Stettiner Vorortbahnhof ab 2.20 vormittags nach Oranienburg (an 3.09). — Auf der Strausberger StraÙe: Schleißer Bahnhof ab 2.00 vormittags nach Strausberg (2.42), Strausberg ab 12.48 vormittags nach Schleißer Bahnhof (an 1.32). Auf der Strecke Stadtbahn—Erftner: Schleißer Bahnhof ab 1.51, 2.27, 3.27 vormittags nach Köpenick. Schleißer Bahnhof ab 2.27, 3.27 nach Erftner. Köpenick ab 1.55, 2.22, 2.54 nach der Stadtbahn. Erftner ab 1.51, 2.30 vormittags nach der Stadtbahn. Auf der Götlicher Bahn: Götlicher Bahnhof ab 2.34 vormittags nach Königswasserhauken (an 3.19), Königswasserhauken ab 1.30 vormittags nach Götlicher Bahnhof (an 2.15). Auf der Strecke Stadtbahn—Grünau: Schleißer Bahnhof ab 2.15, 2.51, 3.15, 3.51, 4.15, nach Niederhönneweide—Johannisthal. Schleißer Bahnhof ab 2.51, 3.51 nach Grünau. Niederhönneweide—Johannisthal ab 12.59, 1.29, 2.54, 3.10, 3.54 vormittags nach der Stadtbahn; Grünau ab 1.18, 2.23 vormittags nach der Stadtbahn.

Die genauen Fahrzeiten sind aus den Bekanntmachungen der Eisenbahnverwaltung auf den Stationen der Stadt- und Ringbahn und den Vorortstrecken ersichtlich.

Auf der Straßenbahn wird auf den Linien 1, 69, 72, 74, 76, 84 und 100 durchgehender Nachtbetrieb eingerichtet. Auf den Linien 4, 15, 23, 27, 32, 36, 41, 44, 48, 55, 60, 66, 67, 157, 98 und 99 wird auf Teilstrecken durchgehender Nachtbetrieb mit einer durchschnittlichen Bogenfolge von 15 Minuten eingerichtet. Einen verlängerten Nachtbetrieb erhalten die Linien 7, 11, 13, 24, 25, 26, 32, 42, 47, 51, 54, 60, 61, 65, 68, 75, 77, 177, 93, 96. Auf diesen Strecken fahren die letzten Wagen von den Endhaltestellen zwischen 2.55 und 6 Uhr morgens ab.

Bei der Hoch- und Untergrundbahn wird der Zugverkehr auf allen Linien einschließlich der Straßenbahn Warschauer Brücke—Nützenberg während der ganzen Nacht ohne Unterbrechung aufrechterhalten. Zwischen dem Bahnhof Spittelmarkt und Wittenbergplatz verkehren die Züge in Abständen von je 5 Minuten, auf den übrigen Strecken beträgt der Abstand 8 bis 12 Minuten.

Die Abzug der Autobusse ununterbrochen bis etwa 6 Uhr morgens auf folgenden Linien verkehren: Linie 1, ab Zeughaus bis 6.24, ab Halensee bis 6.15 in 4 bis 12 Minuten Abstand. Linie 4 ab Wedding, Rettelbergplatz bis 6.48, ab Hermannplatz bis 6.50 in 7 bis 12 Minuten Abstand. Linie 5 ab Stettiner Bahnhof und Steglitz ununterbrochen bis zum Anschluß an den Tagesbetrieb in 5 bis 7 Minuten Abstand. Linie 8 ab Weichenze, Antonplatz bis 6.50, ab Wilmersdorf, Kaiserplatz bis 6.40 in 7 bis 10 Minuten Abstand. Linie 9 ab Pankow, Breite Straße und Charlottenburg, Sophie-Charlotten-Platz bis 6.55 in 8 bis 15 Minuten Abstand. Linie 11 ab Roabit, Turmstraße und Hermannplatz bis 6.52 in 9 bis 12 Minuten Abstand. Linie 19 ab Bahnhof Sichterberg—Friedrichsfelde und Roabit, Stephan-Platz bis 6.55 in 7 bis 15 Minuten Abstand. Linie 20 ab Westenb., Kranzenhaus bis 6 Uhr, ab Zehlendorf; Bahnhof Mitte bis 6.55 in 12 Minuten Abstand und Linie 29 ab Pankow, Breite Straße und Hermannplatz bis 6.55 in 10 bis 15 Minuten Abstand.

Die Opfer der Glätte.

Die Zahl der infolge des Glätteis zu Schaden gekommenen und zum Teil schwerverletzten Straßenpassanten hatte in den letzten Mittagsstunden die Zahl 60 bereits überschritten. Außer den bereits mitgeteilten acht Schwerverletzten, die in Krankenhäuser übergeführt wurden, mußten noch fünf weitere Verunglückte, die sich schwere Knochenbrüche (Arm-, Bein- und Beckenbrüche) zugezogen hatten, in Krankenhäuser geschafft werden. Zwei fanden im Lichtenberger, je einer im Pankower, Oberschönweider Krankenhaus und in der Charité Aufnahme, so daß sich die Gesamtzahl der in Krankenhäusern befindlichen Opfer der Glätte auf dreizehn erhöht hat. Unter den Verunglückten befinden sich auf-fallend viel Frauen.

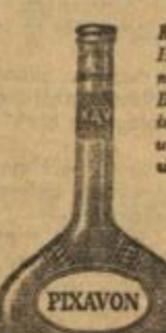
Marinebesuch in Berlin.

Mit dem jahresplanmäßigen Zuge aus Kiel traf am gestrigen Dienstag abend 8.46 Uhr eine Abordnung des Kreuzers „Berlin“ unter Führung des Kommandanten Korvettenkapitän Kolbe und Kapitänleutnant Fricke, insgesamt sieben Besatzende, auf dem Lehrter Bahnhof ein. Stadtsinspektor Risch blieb die Vertreter

Funkwinkel.

Es besteht kein zwingender Grund, Bohengrin als Sendeoper einzurichten. Die Vorgänge im ganzen ersten Akt wie auch die der großen Chorzüge des zweiten verlangen unbedingt die Bühne, besonders in musikalischer Beziehung. Die Themen und ihre Verknüpfung bleiben sonst unverständlich. Vor allem hätte Bronsgest energisch streichen müssen, Ansätze dazu zeigen sich in der Komposition und vor dem Kirchgang, und trotzdem sind diese Ansätze nicht ausreichend. Die Szene mit dem Heerführer vor dem Kampf wie auch der Kampf selbst hätten auf ein Minimum verkürzt werden müssen, da sie rein musikalisch ohne Bühne wenig bedeuten. Auch ein anderer Grund hätte Bronsgest davon abhalten sollen, Bohengrin zu übertragen. Die Oper hat zuviel thematisch differenzierte Chor- und Ensemblesätze, die in der Uebersetzung niemals klar herausgearbeitet werden können. Im Gebet des ersten Aktes herrschen im Rundfunk allein die Stimmen der Soubren vor, während der Chor in der Melodie führen soll, und beim Brautzug sind allein die Frauenstimmen zu hören. Wertwürdig verschoben sich überhaupt die Akzente. Der Auftritt Elsas, das Ascendo bei der Ankunft Bohengrins bleiben absolut wirkungslos, dagegen ist das Duett Trub—Tosramund, auf der Bühne von britischer Songeweise, mit dramatischer Spannung geladen. Scheidl, in der Anklage nach matt und schleppend, ringt sich hier auch zu kraftvollem Ausdruck durch. Nur die Brautscene des dritten Aktes verändert nicht ihren Charakter, vor ihr geht die stärkste Wirkung aus, besonders noch, da Urius ganz verinnerlicht und mit herrlicher weicher Stimme singt. Ihm gegenüber hat Götia Jungbrun nur schon singende Elsa einen schweren Stand. Unzureichend ist der König und Henriette Göttilies Stimme klingt schrill. Janhens schlanker Bariton reicht für den Heerführer aus, aber Seidler-Winkler ist nicht der geeignete Dirigent. Das Orchester spielt unter seiner Leitung ohne besonderen Klang.

Der Tag des Bubikopfes ist der Wochentag, an welchem man regelmäßig das Haar mit „Pixavon“ wäscht, um es frisch, glänzend, weich und geschmeidig zu machen, damit es leicht jede Frisur annimmt.



Keine der gewöhnlichen flüssigen Haarcosmetiken hat auch nur annähernd die Wirkungen von Pixavon. Bestehen Sie fest auf „Pixavon“ (nur in geschlossenen Originalflaschen), sowohl für die häusliche Haarcosmetik, wie auch für die im Friseursalon.

Fordern Sie kostenlos von uns Abbildungen neuer Bubikopfschnitte für Winter 1926.

LINGNER-WERKE
Dresden

Die Familie.

Von Erich Grisar.

Jeder einen Stuhl unter den Arm geklemmt, verließen sie das Haus. Das Kind, das vordem auf der Treppe gefessen, hängte sich an den Rock der Mutter, der sich dadurch vorn noch mehr in die Höhe zog, als er es ohnehin schon tat.

Wer die drei sah, er mit den großen, leer ins Bett starrenden Augen, sie mit dem von Hunger und Sorge gezeichneten Gesicht und aufgetriebenem Leib, dazu das Kind, das auf rachsüchtigen Gliedern sich hinterher schleppte, konnte meinen, der Schöpfer habe in dieser Familie ein Beispiel schaffen wollen für das, was ein Mensch zu leiden und zu tragen vermag.

Genau gesagt, waren es nicht drei, sondern vier Menschen, die da gingen; denn gerade das ungeborene Kind dieses blinden Stuhlflechters schien die eigentliche Ursache dieses offenkundigen Elends zu sein, und die Spur seiner Gegenwart, seines Schonbestehens war es, die den stärksten Eindruck in allen Vorübergehenden hinterließ; denn es war ja schon im voraus dazu bestimmt, so viel mehr leiden zu müssen, als irgendein Wesen auf der Erde.

Mit festem Schritt schob die Frau sich, ihren Mann und das Kind vorwärts. Dabei sprach sie auf ihren Mann ein, jedoch gelang es mir nicht, ein Wort zu verstehen von dem, was sie sagte.

Ich folgte ihnen bis zur Brücke des Flusses. Hier blieben sie stehen und setzten sich müde auf die Stühle, von deren Last sie sich vorher befreiten, wie sie sich jetzt von der Last des eigenen Körpers befreiten.

Es begann zu regnen.

Der Blinde horchte mit gespanntem Ausdruck auf die fallenden Tropfen, während die Frau sich dann und wann das Gesicht wuschte. Das Kind bedeckte sich mit seiner Schürze. Wer die drei jetzt sah, konnte meinen, daß sie auf der Welt keinen Ort wüßten, um zu weilen, als die Brücke, auf der sie der Regen überfiel. Die beiden Stühle schienen die eigenen und einzigen Möbel zu sein. So erschienen sie ärmer als die Zigeuner, die mit ihrem Wagen durch die Welt fahren, und wohin sie kommen, zum wenigsten die Erde, die treue Mutter alles Lebenden, unter sich wissen, während diese Familie hier nichts unter sich hatte als den rinnenden, heimatlosen Fluß, der nirgends rasten darf und da, wo ein Wehr seinen Lauf hemmen möchte, es mit kurzem Saß weißschäumend überspringt. Der Blinde horchte nun auf das Rauschen des Wassers.

„Wenn man da hinunter spränge,“ hörte ich ihn sagen, „ob einem dann besser wäre?“

„Ja, ja,“ gab sie zur Antwort, wie wenn sie nicht hingehört hätte. Dann jedoch fuhr sie auf: „Und wer soll die Stühle fertig machen, wo ich doch morgen vielleicht schon . . .“

„Ja so, die Stühle, an die dachte ich schon gar nicht mehr.“ Und es sah aus, als ob er sie ansähe und um Verzeihung bitten möchte. „Wir gehen,“ sagte sie dann, „sahte ihn am Arm, nahm ihren Stuhl und zog ihn vorwärts. Mit einer heftigen Bewegung zog auch er seinen Stuhl an sich. Das Kind rümpelte der Mutter nach und sahte wie vorher ihren Rock.“

Die Leute, die sich angesammelt hatten, verteilten sich, ein Schuhmann frag, was da los wäre, und als ich die Familie hinter der nächsten Straßenecke verschwinden sah, war ich allein auf der Brücke.

Immer noch blühte ich in das Wasser hinunter, und im fallenden Regen war mir's, als hörte ich die Stimme des Blinden noch neben mir: „Wenn man da hinunter spränge.“

Und dann die leisende Stimme der Frau: „Wer soll denn da die Stühle fertig machen?“

„Ja so, die Stühle. Ich schreie auf. Jemand sahte meinen Arm. Mann, sie werden ja ganz naß.“

„Ja, sagte ich und blühte in das Gesicht des Schuhmanns von vorn. Sie erzählten sich ja . . . und er sagte das, wie wenn eine Mutter ihren Sohn ermahnt, der alt genug ist, um nicht mehr ermahnt werden zu müssen, bei dem aber oft noch ein Wort auf guten Boden fällt.“

„Ja so, danke. Guten Abend, sagte ich, und ging wieder meinen Geschäften nach.“

Als ich am Abend in meinem Bette lag, dachte ich wieder an die Begegnung des Nachmittags. Sah die Familie wieder auf der Brücke sitzen, ohne zu wissen, ob ich träumte oder im Zustande halben Wachseins mir die Bilder des Nachmittags wieder zurückrief.

Schwaches Fieber war die Keuferung einer leichten Erkältung, die mich befallen hatte.

Und wieder sah ich mich am Geländer der Brücke stehen. Mann, sie werden ja ganz naß . . .

Ich sah den Schuhmann verwundert an und hob meine Hand. Da, sehen sie. Da . . .

Richtig, er sah.

Auf dem Wasser schwamm die Familie, die wirklich hineingesprungen sein mußte. Aber wie es schon vorher die Stühle waren, die sie nicht ganz untergehen ließen, so waren sie es auch jetzt.

Krampfhaft hielten sie sich an ihnen fest und hielten sich so über Wasser. Wie lange sie so den Fluß hinabgeschwommen und ob sie erst am Wehr oder schon vorher abanken, weiß ich nicht. Ich verlor sie bald aus den Augen und außer mir und dem hilflosen Beamten schien niemand die Untergehenden zu sehen.

Dann war mir's, als sähe ich alle drei mir wieder entgegenkommen. Das Kind noch mit fest im Hals der Mutter geklammerten Armen, so wie ich sie im Wasser gesehen hatte. Doch konnte ich mich nicht auf den Ort bestimmen, an dem ich mich befand. Da hörte ich die Frau schreien: „Wenn man uns nun nicht einläßt? Man wird schon, antwortete der Blinde und fuhr fort: haben wir nicht unser Leben hindurch gearbeitet, haben wir nicht gedurft und heißt es nicht in der Schrift . . .“

„Ja, ich glaub's schon. — Und sie gingen weiter.“

Da sind wir, sagte er dann, und mir schien es, als ob sein Blindsein nun von ihm gefallen wäre.

Es klopfte gegen ein Tor.

Wer ist denn da draußen? brummte ein Bart.

Die Stuhlflechter kommen. Dann sah ich, daß es das Himmelstör war, vor dem sie standen; denn Petrus steckte seinen Kopf hervor. Etwas von dem Glanze des Himmels drängte sich an ihm vorbei und fiel auf die Stühle, die immer noch am Arm dieses felsamen Poares hingen.

Was schleppt ihr denn da für Gelumpfe herauf, knurrte es dumpf. Dann hörte ich die Frau etwas wie eine Entschuldigung sprechen und sah, wie der Himmelstörner auffuhr.

„Ja, da hört sich doch nun alles auf. Ihr armen Luderch glaubt wohl, es ginge hier oben so arm zu wie da unten, daß ihr eure Stühle gleich mitbringt? Und überhaupt, was wollt ihr mit solch“

zerfetzten Stühlen? Das wäre ja die reine Beleidigung für den lieben Gott, wenn ich euch mit denen hier herein ließe.“

Es sind doch die Stühle vom Direktor Rosental. Wir hatten sie gerade zum Ausbessern, als wir . . .

„So, so, ihr wart wohl zu faul, eure Arbeit fertig zu machen und habt euch schnell verdrückt. Ho ho, das wird ja immer interessanter. Was soll denn der da unten denken, wenn ihr mit den Stühlen nicht wiedertkommt?“

Die beiden sahen sich verlegen an. Dann sagte die Frau: „Der ist reich genug und wird sie verschmerzen.“

„Das wird ja immer besser. Was meint ihr denn, wenn der eines Tages hier oben ankommt und sieht euch mit eurer Frechheit hier herumfliegen? Was der dem Herrgott für Vorwürfe macht? Warst ob, gibt nichts. Seht zu, wo ihr bleibt. Befehl bleibt Befehl, und“

Gerechtigkeit muß sein!



General v. Lüttwih: „Dies wäre mein aufgewertetes Gehalt. Aber, bitte, wo bleibt die Kampfszulage?“

Befehl verpflichtet euch, übernommene Arbeit auszuführen und rechtzeitig abzuliefern. Damit warf er das Himmelstör zu, daß es frachtete.

Die Familie aber, hungrig und müde, dabei erfüllt von einer großen Enttäuschung, die vielleicht die größte ihres Lebens war, denn sie waren immer fromm gewesen und hatten die Kirche sogar außer den hohen Heiligen besucht, wußten nichts zu tun, als sich vor den Toren des Himmels auf ihre Stühle zu setzen.

Wie lange sie so saßen, weiß ich nicht. Wählich ertönte eine Stimme: „Holla, aufstehen. Man muß ja meinen, hier will man bis zum jüngsten Tag schlafen. Ein tiefes Dröhnen erlang. Verwundert suchte ich mir auszudenken, was nun wohl kommen würde, da schien es mir, als ob der Dämon mir gegoffen hätte. . . Ich machte die Augen auf und richtig, bis in den hellen Tag hinein hatte ich geträumt. Ich sah zur Uhr. Nun aber schnell, dachte ich und hatte alles Vorhergehende schon vergessen.“

Wie man nur so träumen kann. Dann ging ich meiner Beschäftigung nach. Der späte Nachmittag führte mich in die Gegend, in der ich gestern die Stuhlflechterfamilie verschwinden sah.

Vor einem Hause hatten sich Menschen angesammelt. Ich drängte mich zwischen die Neugierigen. Was ist denn hier los? fragte ich die Umstehenden.

Da hat sich einer die Treppe runtergestürzt.

Ich hatte eine Ahnung und betrat das Haus. Vor mir her trugen zwei Männer den Körper des Verunglückten die Treppe hoch. Oben, vor der Tür einer Bodenkammer machten sie halt. Bis ich heraufkam, kamen sie mir schon wieder entgegen.

Na, der hat's überstanden, hörte ich einen sagen.

Es war auch besser für ihn. Dann trat ich in die Stube. Wie im Leben sah ich so viel Grauen zwischen vier Wänden gedrängt.

Wie so viel Elend.

Da lag die Stuhlflechterin auf dem einzigen Bett des Raumes. Mit weit aufgerissenen Augen starrte sie gegen die verrückte Decke der Stube. Ihr zu Füßen ein totgeborenes Kind. Ihren Gatten hatte man auf den Tisch gelegt. Seine Füße hingen herunter. Es schien, als seien sie mehrfach gebrochen. Aber auch am Kopf klappte eine große Wunde, aus der das Blut in die Stille der Stube rann, wie das Ticken einer Uhr, die hier zu fehlen schien.

Wir war es, als hörte ich jemanden atmen und hoffte schon, die Frau sei noch am Leben. Ich trat näher. Es schien nicht glaublich. Da begegnete ich dem hilflosen Blick des Kindes. Es schien noch gar nicht begriffen zu haben, daß es eine Waise war und troch mit unbehilflichen Bewegungen aus der Ecke des Zimmers heraus, in der es geschlafen hatte. Als es den Toten auf dem Tische liegen sah, rann es fort. Ich hörte es im Hausflur schreien.

Dann ging ich. Hier war niemand mehr, dem man helfen konnte. Ehe ich die Tür schloß, sah ich noch nach den Stühlen. Sie waren nicht mehr da.

Sicher hatte der Blinde sie noch fertig machen können. Vielleicht hatte er mit dem Gelde einen Arzt bezahlen wollen und fand keine Frau tot, als er zurückkam. Jedensfalls hatte er keine Pflicht getan, ehe er sich in den Tod stürzte. Ich dachte an meinen Traum und konnte ein Wächeln nicht unterdrücken. Nun würde man sie wohl einstrafen. Aber wer weiß, ob man ihnen nicht doch noch einen Einlaß zu drehen versucht aus der Tatsache, daß sie ihr Kind allein zurückließen.

Sicher ist so etwas nicht.

Der „Dichter der Bettler“.

Von Dr. E. Soewede-Wabus.

Der Eisenbahnarbeiter Ebenezer Elliot war der erste, der in England den Mut hatte, der Not und dem Hunger seiner proletarischen Klassenangehörigen bitterschmerzlichen Ausdruck zu verleihen.

Das ganze Elend der Jahre 1815 bis 1840 schreit aus seinen Dichtungen, die Verzweiflung der Jahrzehnte, in denen eine Mißernte gleichbedeutend mit Hungertopphus war. Der Großgrundbesitz, der im Parlament die Herrschaft über die politisch rechtlose Masse besaß, dachte gar nicht daran, auf eines seiner wesentlichsten Privilegien zu verzichten, auf das Vorrecht, den Zoll für ausländisches Getreide festzusetzen, d. h. den Preis zu bestimmen, für den das Volk das Brot kaufen mußte. Der Zoll war so hoch, daß er nahezu einer Aussperrung für das nicht in England gewachsene Getreide gleichkam. Wenn die Hölle selbst in Britannien wäre, könnte es schlimmer sein? Wenn die Teufel Lords von England wären, könnten sie uns auch nichts Besseres zufügen, als unser Brot zu besteuern.“ Diese Worte Elliots in seiner Dichtung „Satans Weisheit“ gaben der Erbitterung unzähliger Tausender Ausdruck. Immer lauter wurden die Stimmen, die das Volk zur Selbsthilfe gegen seine Bedrücker aufriefen. Die neu eingeführten Maschinen hatten ungeschulte Arbeiter brotlos gemacht, die nun in Verbindung mit beschäftigungslosen Soldaten in Trupps das Land durchstreiften und durch das Niederbrennen und die Plünderung der Getreidefelder die Hungersnot noch verschlimmerten. In seinem Gedicht „Eine Proletarierfamilie in England“ schildert Elliot die furchtbaren Wirkungen der bestehenden Gesetzgebung, die Zunahme der Verbrechen, die Verwahrlosung und den vollkommenen Ruin der Familie.

Großhändler ihr, in Mangel, Not und Blut,
D stände eingegraben, was ihr tut!
Es ist! In Herzen, die verzweifeln klopfen,
Tief einbaud mit heißen roten Tropfen!
Hurra Brotzoll und England!

Voll leidenschaftlicher Erbitterung wandte sich der „Dichter der Bettler“, wie man ihn höhnisch nannte, gegen die Auslager des englischen Volkes und suchte das Gerechtigkeitsgefühl der öffentlichen Meinung zu beeinflussen. Elliot war ursprünglich eine weiche, träumerische Natur gewesen. „Aber mein Herz, einst sanft wie die Träne einer Frau, ist hart geworden bei dem Anblick des Elends, das ich nicht heilen kann.“ Mit diesen Worten schildert er sich selbst.

Sein Leben war reich an Not und Entbehrungen. Nur in fernen Ruhestunden konnte er sich weiter bilden. Seine Dichtungen sind nicht immer formvollendet, manches klingt rau und unbeholfen. Aber, wenn man das Leben des englischen Arbeiters jener Zeit bedenkt, in der eine Arbeitszeit von 14 Stunden nichts Ungewöhnliches war, wenn man den geringen Lohn, das völlige Fehlen jeder Unterstützung in Betracht zieht, so ist es verständlich, daß Sorge und Not, körperliche und seelische Mühsal nur zu oft das Streben nach geistiger Weiterbildung unmöglich machen mußten. Aber die manchmal fehlende Formvollendung wird aufgewogen durch die leidenschaftliche Beredsamkeit seiner Dichtungen, durch die Wahrheitsliebe und das Gefühl für soziale Gerechtigkeit, die ihm anzuwachen ließen. Stark und nachhaltig war daher auch ihre Wirkung. Wie Gerhard Hauptmann in Deutschland durch seine „Weber“ nicht nur die Klasse, für die er sich einsetzte, sondern die gesamte Öffentlichkeit aufrüttelte, so rief der englische Dichter 150 Jahre früher das Elend seiner proletarischen Brüder, die unbehaltbaren Mißstände des englischen Wirtschaftslebens in die Welt hinaus. Er war ein Beweiser für die formlose Zeit, für die Unmöglichkeit des englischen Parlaments, für die Erweiterung des Wahlsrechts, den Zusammenschluß der Arbeiter in den Trade Unions, den Gewerkschaften. Er war der Vorbereiter einer Zeit wirtschaftlicher und sozialer Reformen, ein Vorläufer des Proletariats, dessen Name auch in Deutschland nicht vergessen werden sollte.

Arabisches oder lateinisches Alphabet?

Da über die geplante Einführung des lateinischen Alphabets in der Türkei so viele widersprechende Mitteilungen gemacht werden, seien hier folgende Tatbestände aneinander gereiht:

Auf dem Türköllertongreß in Batu im Februar und März dieses Jahres ergab sich bei der vorgenommenen Abstimmung eine starke Mehrheit für die Einführung der lateinischen Schrift. Dagegen wurde auf der kürzlich togenenden Kulturkonferenz in Samatand beschloffen, das lateinische Alphabet einzuführen. Ebenso hat das türkische Unterrichtsministerium in Angora einen Sprachauslaß zur Prüfung dieser Frage gebildet.

Der in Aussicht genommene Vorsitzende dieses Ausschusses, der berühmte Gelehrte und Schriftsteller Kjöprülü-Ibade Fuad Bey, hat sich in folgender Weise geäußert: „Zum Beispiel Hüseyin Dschahid Bey hält die Veränderung des Alphabets für die alteisige Angelegenheit wie die Hut- und Kleiderfrage. Reiner Ansicht nach hingegen ist die Alphabetfrage höchst komplizierter Natur und wert, von verschiedenen Gesichtspunkten her untersucht zu werden. Die Geschichte der türkischen Sprache lehrt, daß die Türken im Laufe der Zeit mehrere Alphabete besaßen haben. Um zu verstehen, wie und unter der Einwirkung welcher Faktoren diese Alphabetwechsel stattgefunden haben, ist eine vertiefte Kenntnis der türkischen Geschichte und Sprache notwendig. Daß eine Nation ihre Schrift ändert, kann nur geschehen, wenn sie einer alten Kultur entbehrt und sich noch im primitiven Zustand befindet. Die heutige türkische Nation besitzt aber eine sehr alte Kultur und gehört keineswegs zu den primitiven Völkern. Als die Türken die uigurische Schrift aufgaben und zur arabischen Schrift übergingen, da waren sie im Vergleich zu unferer heutigen Kultur und Bildung sehr zurück, und trotzdem hat die Schrift des Islams, obwohl die islamische Kultur der nestorianischen weit überlegen war und die neu zum Islam bekehrten Türken unter dem Einfluß des reißigen Fanatismus standen, nur mit großer Schwierigkeit feste Wurzeln fassen können. Und doch ist das arabische Alphabet viel zweckmäßiger zur Wiedergabe des Türkischen als das uigurische.“ Nach diesem Titel des Gelehrten rechnet man nunmehr in eingeweihten Kreisen mit einer Ablehnung des lateinischen Alphabets.

Ein Jahr mit 15 Monaten. Vor der Einföhrung des Julianischen Kalenders durch Julius Cäsar war in Rom eine große Unsicherheit im Kalenderwesen eingerissen. Infolge der weniger bestimmten Zeitrechnung des alten römischen Kalenders fielen die einzelnen Monate beinahe um ein Vierteljahr zu früh, so daß römische Schriftsteller fragten, die Ernte falls längst nicht mehr in die Sommerzeit und die Weinlese nicht mehr in den Herbst. Als nun Julius Cäsar im Jahre 46 v. Chr. daran ging, den Kalender zu verbessern, mußte er vor allem darauf bedacht sein, die Zeitspanne auszugleichen, die die Monate im Kalender gegenüber den Jahreszeiten vorausgeleitet waren. Das erreichte er dadurch, daß er gewissermaßen drei Schaltmonate einlegte. So entstand ein Jahr mit 15 Monaten, genau ein Jahr mit 445 Tagen, dem man die Bezeichnung „das letzte Jahr der Verneinung“ beigelegt hatte. Wenn später auch der Julianische Kalender, der allerdings schon unter Augustus verbessert werden mußte, dem Gregorianischen wich, so bedeutet das Jahr mit den 15 Monaten doch den Anfang einer besseren Kalendereinteilung.

Die Elektrizität in der Industrie.

81 Prozent der Antriebskräfte in Süddeutschland und Sachsen elektrifiziert.

Das Zeitalter des Dampfes gehört der Geschichte an. An seine Stelle sind die Elektrizität und das Öl getreten. Würde der Verkehr in den kapitalistischen Staaten nicht wesentlich aus militärischen Gründen unter Kohlenfeuerung gehalten, der Sieg der elektrischen Antriebskräfte würde schon seit Jahrzehnten viel sinnfälliger geworden sein. Ueber das Ausmaß der Verdrängung der Dampfkraft durch die Elektrizität muß so die Kurve der Stromerzeugung und die Statistik der installierten Pferdekraft in der Industrie Aufschluß geben. Dankenswerterweise hat das statistische Reichsamt nicht nur aus gewerbe-, sondern auch aus konjunkturstatistischen Gründen dieser Entwicklung ihre besondere Aufmerksamkeit geschenkt. In den in rascher Folge veröffentlichten Teilergebnissen der Berufs- und Betriebszählung von 1923 ist darüber wertvolles Material enthalten.

In dem letzten Heft der „Wirtschaft und Statistik“ finden wir die Ergebnisse der Betriebszählung über die eisen-, stahl- und metallverarbeitenden Industrien in Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden. Ingesamt wurden in den genannten Ländern, die nach Fläche und Einwohnerzahl etwa 27 Prozent des Deutschen Reichs ausmachen, 75 100 Betriebe des Eisen- und Metallgewerbes mit einer Belegschaft von 956 166 Personen und einer Gesamtleistung von 1 110 137 Pferdekraften ermittelt.

Für die folgenden Gewerbezweige der Metallverarbeitung im Reichsgebiet werden nähere Angaben angeführt:

	Zahl der Personen		Motorische Leistung in PS	
	1907	1923	1907	1923
Eisen-, Stahl- und Metallwarenherstellung	211 691	295 013	89 780	166 223
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	64 168	177 178	28 290	111 576
Eisen- u. Metallgewinnung	62 023	65 082	77 041	236 983

Alle drei Gewerbezweige zeigen einen Aufschwung im Vergleich mit dem Jahre 1907, besonders aber die Elektrotechnik und Feinmechanik, deren Belegschaft um 176 Proz. zugenommen hat (während die Zahl der Personen, die in der Eisen-, Stahl- und Metallwarenherstellung beschäftigt sind, eine Zunahme von 39 Proz., das Personal in der Eisen- und Metallgewinnung eine Zunahme von bloß 5 Proz. aufweist). Viel schneller geht aber die Entwicklung der technischen Ausrüstung, der motorischen Leistung der betreffenden Industrien vor sich. Es entfiel an Antriebskraft auf je 100 Personen:

	1907		1923		Zunahme in Prozenten
	in PS	in Prozenten	in PS	in Prozenten	
Eisen-, Stahl- und Metallwarenherstellung	33	56	83	56	+ 70 Proz.
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	44	63	111	63	+ 43
Eisen- u. Metallgewinnung	124	379	236	379	+ 206

Die Branchen der Metallverarbeitung, die eine ganz geringe Zunahme des Personals verzeichnen, haben also diese Veränderungen in der Technik der Produktion erlebt und ihre Anlagen erheblich vervollständigt. In allen drei Gewerbezweigen zusammen entfielen im Reichsgebiet auf je 100 Personen der Belegschaft im Jahre 1907: 52 PS, im Jahre 1923 schon 96 PS, — die mechanische Antriebskraft, die jedem Arbeiter zur Verfügung steht, hat sich beinahe verdoppelt!

Sehr kennzeichnend sind auch die Angaben über die Gliederung der Antriebskraft in den in Frage kommenden Industrien. Im Jahre 1907 wurde in Deutschland der größte Teil der von den Kraftmaschinen verwendeten Energie mit Hilfe von Transmissionen den Arbeitsmaschinen zugeführt und nur ein kleiner Teil wurde

elektrifiziert und durch Leitungen auf eine größere Entfernung übertragen. Die metallverarbeitende Industrie im Betriebsgebiet läßt erleben, welche Veränderungen in dieser Hinsicht seitdem eingetreten sind.

	Zum Antrieb v. Arbeitsmaschinen verwendete Energie			
	1907		1923	
	Dampfmaschinen und and. primäre Motoren	Elektromotoren	Dampfmaschinen und and. primäre Motoren	Elektromotoren
Eisen-, Stahl- u. Metallwaren	51 285	18 405	28 806	137 829
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	20 005	8 285	5 008	105 970
Eisen- u. Metallgewinnung	63 410	13 681	62 874	174 609
Insgesamt:	134 700	40 411	96 678	418 408
	175 111		514 786	

Es wurden also im Jahre 1907 etwa 22 Proz. der verwendeten Energie, im Jahre 1923 über 81 Proz. elektrifiziert!

Es ist schwer zu beurteilen, in welchem Maße diese Angaben, die sich nur auf einen Teil des Deutschen Reichs beziehen und nur gewisse Industriezweige umfassen, für die gesamte deutsche Wirtschaft kennzeichnend sind. Gewiß hat die Elektrifizierung in Bayern, das so reich an Wasserkräften ist, und in Sachsen, wo die Industrie von Grund aus umgestellt wurde, größere Fortschritte gemacht, als im übrigen Deutschland. In gleicher Weise ist zu erwarten, daß nicht alle Industrien denselben Entwicklungsgeist wie die Metallverarbeitung aufweisen werden.

Allerdings bedeuten die 81 Proz. einen außerordentlich hohen Grad der Elektrifizierung der Antriebskräfte, einen Grad, der bis jetzt sogar in den Vereinigten Staaten, im Lande der größten Elektrizitätswirtschaft der Welt, nicht erreicht wurde. Hier wurde die Industrie in dem Zeitraum von 1909 bis 1923 auf elektrischen Antrieb umgestellt. Der Anteil der Elektromotoren an der von den Arbeitsmaschinen verwendeten Energie betrug in den Vereinigten Staaten:

	Die gesamte verwendete Energie in PS	Darvon verwendet von Elektromotoren in PS	in Proz.
1909	18 552 000	4 817 000	26
1914	22 291 000	8 827 000	39
1919	29 828 000	18 253 000	53
1923	33 040 000	22 188 000	67

Für die metallverarbeitenden Industrien war allerdings im Jahre 1923 der Elektrifizierungsgrad etwas höher:

	Die gesamte verwendete Energie in PS	Darvon verwendet von Elektromotoren in PS	in Proz.
Eisen und Stahl	7 202 000	4 901 000	68
andere Metalle	1 168 000	978 000	84
Maschinenbau	2 300 000	2 292 000	100
Zusammen	10 670 000	8 171 000	76

So standen vor kurzem die Dinge in den Vereinigten Staaten von Amerika, und im Vergleich mit ihnen erscheint der Vormarsch der Elektrizität in den süddeutschen und sächsischen metallverarbeitenden Industrien als besonders bemerkenswert.

Gute Zeiten für Bodenspekulanten.

Um die neuen Kanäle.

Die Inangriffnahme der großen Kanalbauten, die u. a. auch in das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung und der Länderregierungen mit aufgenommen ist, weckt die Befürchtung einer Bodenspekulation an den Ufergebänden. Eine ungesunde Preistreibeerei würde die Gewinnung neuer gesunder Anlagen für Industriebetriebe, Heimstättenbildung usw. wesentlich erschweren. Grundräßig hat der Deutsche Reichstag bereits erklärt, daß, gemäß Artikel 155 der Reichsverfassung bei Kulturarbeiten auf Kosten der Gesamtheit Bodenspekulationsgewinne nicht entstehen dürfen. Das ist geschehen durch das Reichsgesetz über die Enteignung von Grundeigentum und über die Beitragsleistung bei der Kanalisierung des Nedars und des Rains sowie zum Ausbau der Donau, vom 3. August 1920.

Es sollte fast als selbstverständlich erscheinen, daß die Reichsregierung jetzt ein Gesetz vorlegt, durch das zu bestimmen wäre, daß künftig bei allen solchen Wasserstraßenbauten gleiche Bestimmungen Anwendung finden. Wie liegen aber die Dinge? Der Bund Deutscher Bodenreformer hat auf eine Eingabe vom Reichsverkehrsminister eine Antwort erhalten in der gesagt wird, es erlaube ihm durchaus erwünscht, daß eine ungesunde Bodenspekulation anlässlich des in Aussicht genommenen Ausbaues der Wasserstraßen rechtzeitig unterbunden wird. „Da jedoch“, so fährt der Reichsverkehrsminister fort, „die Länder sich neuerdings auf den Standpunkt gestellt haben, daß die dem Reich nach Artikel 97 Absatz 2 zustehende Enteignungsbefugnis sich auf den Bereich der Reichswasserstraßen selbst und ihrer Nebenanlagen beschränkt, sehe ich mich außerstande, die zur Verhinderung der Bodenspekulation erlassenen Vorschriften vom 3. August 1920 im Wege des Reichsgesetzes auch für die anderen zum Ausbau kommenden Kanäle in Anwendung zu bringen. Mein Versuch, für die Vollendung des Mittelkanals ein solches Gesetz einzubringen, ist auf erheblichen Widerstand der beteiligten Länder, insbesondere Preußens, gestoßen, und ich muß bei der Zweifelhaftheit der Rechtslage es den Ländern, in deren Gebiet der Kanalbau zur Ausführung gelangt, überlassen, ihrerseits durch gesetzgeberische Maßnahmen einer ungesunden Bodenspekulation an den zum Ausbau gelangenden Kanälen vorzubeugen.“

Um eine höchst notwendige Maßnahme in die Wege zu leiten, streiten sich also erst einmal wieder Reich und Länder, wer dafür eigentlich zuständig ist. Und die Bodenspekulanten eignen sich bei der Wertzuwachs an, der auf Kosten der Allgemeinheit geschaffen wird.

Wenn nun aber das Reich inzwischen auf seine Zuständigkeit verzichtet hat, wie die Zufahrt des Reichsverkehrsministers erkennen läßt, — wo bleiben denn jetzt die Länder mit den erforderlichen Gesetzesvorlagen? Heraus damit, und zwar schnellstens: in Preußen, Sachsen, Braunschweig und Anhalt! Diese Länder sind es nämlich, die zurzeit dafür in Frage kommen!

Verschmelzung von Automobilinteressen

Siemens-Schudert und NAG.

Zwischen der Siemens-Schudertwerke G. m. b. H. und der Nationalen Automobilgesellschaft A. G., Berlin, erfolgt eine bedeutungsvolle Interessensverschmelzung. Zum Zwecke der Rationalisierung wird die Kraftwagenfabrikation der beiden Firmen vereinigt werden. Die Herstellung der Protos-Personenwagen,

die bisher bei der Protos Automobil G. m. b. H. in Berlin-Siemensstadt erfolgte (die Protos Automobil G. m. b. H. befindet sich voll im Besitz der Siemens-Schudert G. m. b. H.) wird auf die Werke der Nationalen Automobilgesellschaft übertragen. Die NAG wird also in Zukunft neben ihrer bisherigen Lastkraftwagenproduktion auch Personenwagen herstellen; die in gemeinschaftlicher Arbeit hergestellten Personenwagen werden den Namen „NAG-Protos“ führen. Die zahlreichen in- und ausländischen Geschäftsstellen der Siemens-Schudert-Werke werden sowohl die Lastkraftwagen der NAG, als auch die Protos-Personenwagen vertreiben. Ebenso werden die Reparaturwerkstätten zusammengelegt. Die Siemens-Schudert G. m. b. H. wird für die Uebertragung ihrer Produktion 2 Millionen Mark Aktien der NAG übernehmen.

Der Zusammenschluß bedeutet eine noch engere Verflechtung des NAG-Konzerns mit den Siemens-Schudert-Werken. Wie bekannt, befindet sich nämlich der größere Teil des NAG-Kapitals in den Händen der NAG. Die Zusammenarbeit der Konzerns, die in der gemeinsamen Beteiligung an den Dornum-Werken, der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie und den Vereinigten Akkumulatorenwerken Berlin-Hagen schon in der Vergangenheit zum Ausdruck kam, wird durch die Vereinigung der Automobilinteressen noch weiter vertieft. Die Konzentration der Produktion hat naturgemäß durch die stärkere Ausnutzung der NAG-Anlagen bedeutungsvolle Ersparnisse zur Folge. Auf der einen Seite wird die Abgabepreis- und Werbekosten für die gemeinsam hergestellten Produkte durch die Einbeziehung der Verkaufsorganisation von Siemens-Schudert verstärkt. Die NAG gehört zu den Brennbahnbauwerken und der Hanja-Flug-Werke A. G. zur Gemeinschaft deutscher Automobilfabriken, die bisher allein die NAG-Produktion vertrieben hat. Der Vertrieb der neuen Personenwagen der NAG durch die Gemeinschaft scheint nicht beabsichtigt zu sein.

Von der Mannesmann-Rulag A. G.

Die Mannesmann-Rulag A. G. Kachen gehörte mit zu den ersten Werken der Automobilindustrie, die bald nach der Stabilisierung in finanzielle Schwierigkeiten gerieten. Die Geschäftsaufsicht wurde unabwendbar, und lange Zeit schwebte über dem Unternehmen das Damoklesschwert des Konkurses. Um wenigstens einen Teil ihres Bestes zu retten, mußte die Familie Mannesmann ihre Zustimmung zu einer tiefgreifenden Sanierung geben, die mit Hilfe einer Reichssubvention von 1,2 Millionen M. durchgeführt wurde. Das Aktienkapital wurde im Verhältnis von 20:1 auf 250 000 M. zusammengelegt, um den 9,2 Millionen Mark betragenden Bilanzverlust zu decken. Gleichzeitig erfolgte eine Kapitalerhöhung um 2,1 Millionen M.; die neuen Aktien wurden zu einem großen Teil dem Reich für die gewährte Unterstützung verpfändet. Das Unternehmen hat auf diese Weise genügend neues Betriebskapital, um seine Produktion von Lastkraftwagen auf neuer finanzieller Grundlage wieder aufzunehmen. Wie aus dem jetzt erst veröffentlichten Geschäftsbericht für das Jahr 1925 hervorgeht, läßt sich das Geschäft dank der merklichen Belebung des Automobilgeschäftes recht gut an. Die Mannesmann-Rulag hat in diesem Jahre wichtige Vorhaben, Kommunen, Privaten und aus dem Ausland hereinnehmen.

Was an dem jüngsten Geschäftsbericht am meisten interessiert, ist die Darstellung der Verwaltung, wie es zu den riesigen Verlusten gekommen ist. Richtig gelesen, sind diese Ausführungen ein neuer, weiterer Beweis für die wirtschaftliche Kurzsichtigkeit und Unfähigkeit vieler deutscher Unternehmer. Die Hochkonjunktur, die im Jahre 1924 einsetzte, veranlaßte die Mannes-

mann-Rulag, ihre Produktion zu verdoppeln. Niedrige Materialbestellungen wurden aufgegeben und alles mit kurzfristigen Schulden finanziert. Die Frage, ob die eintretende Konjunktur nicht bloß eine Scheinkonjunktur sei, ob der Markt läbig sei, eine solche gesteigerte Produktion aufzunehmen, ob es nicht ungeheuer leichtsinnig sei, den ganzen Ausbau des Betriebes mit kurzfristigen Schulden in die Wege zu leiten, stieg den verantwortlichen Leitern nie auf. Blindlings wurde die Gunst des Augenblicks ausgenutzt, um die Gewinne zu eraffen, die der Augenblick zu bieten schien. Um die Zukunft sorgte man sich nicht, bis eines Tages, verdrängt durch die Schwierigkeiten, in die die Beteiligungsfirmen geraten waren, alle Finanzierungsanstalten verlagerten und 60 Wechsel zu Protest gingen. Und als man nun an eine genaue Prüfung des Vermögens heranging, da stellte es sich heraus, daß bei der Aufstellung der Goldmarkbilanz sämtliche Posten zu hoch bewertet waren und außerordentliche Abschreibungen nötig wurden, die 0,5 Millionen bei den Werkzeugen, 0,6 Millionen bei den Beteiligungen und 5,4 Millionen Mark bei den Waren betragen. Die Unterbilanz von 9,2 Millionen Mark ist ein Unfähigkeitsattest für die Verwaltung; ein Beispiel allerdings nur für viele, und es ist selbstverständlich, daß die Arbeiterschaft immer weniger Vertrauen in die Tätigkeit und Fähigkeit der Unternehmer setzt.

Die Dessauer Gas-Gesellschaft erwirbt die Zeche „Westfalen“. Wie gemeldet wird, hat die Continentale Gas-Gesellschaft A. G. in Dessau von den Giesche-Werken die Zeche „Westfalen“ erworben, die im östlichen Teil des rheinisch-westfälischen Kohlengebietes liegt. Die Giesche-Gesellschaft nimmt den Verkauf dieser sehr wertvollen Zeche vor, um sich für den Bau einer Zinkhütte die erforderlichen Mittel zu beschaffen, nachdem sie die Förderung Preußens, eine Zinkhütte auf deutschem Gebiet aus einem gegen diese Bedingung zugesagten 25-Millionen-Kredit zu errichten, abgelehnt hat. Dilemme! Dem Erwerb der Dessauer Gas-Gesellschaft kommt eine besondere Bedeutung zu. Offenbar bereitet sich die Dessauer Gas-Gesellschaft darauf vor, bei den in der Durchführung begriffenen Gasverorgungsplänen der Ruhrbezirk eine starke Stellung zu erhalten. Die Zeche „Westfalen“ ist für das große Gasverorgungsgebiet der Dessauer Gas-Gesellschaft in Mitteldeutschland außerordentlich günstig gelegen und für die Gasproduktion sehr wertvoll. Sie hat eine Beteiligung von 1,2 Millionen Tonnen Kohle und 290 000 Tonnen Roß und hat in diesem Jahre bereits 800 000 Tonnen Kohle gefördert. Es sollen bei ihr rund 10 000 Tonnen Teer und 50 Millionen Kubikmeter Gas an. Die Zeche ist außerdem stark ausbaufähig. Der Besitz dieser Zeche erlaubt der Dessauer Gesellschaft sowohl als Konkurrentin gegenüber den Gasverorgungsplänen der Ruhrbezirk aufzutreten, als auch sich selbst an der Kohleerwertungs-A. G. zu beteiligen und damit Einfluss auf die Gaslieferungsverträge zu gewinnen. Jedenfalls haben die Gemeinden und Gemeindeverbände, an welche mit Verträgen zum Anschluß an die Zechengasversorgung herangetreten werden wird, allen Anlaß, dieses Vorgehen der Dessauer Gas-Gesellschaft und ihr weiteres Verhältnis zur Kohleerwertungs-A. G. sorgfältig zu beobachten.

Verluste durch falsche Geschäftspolitik. Die Abgabekrisis hat sich auch in der Holzindustrie stark bemerkbar gemacht und die Gewinne der Unternehmungen geschmälert. Aber offensündige Fehler der Betriebsleitungen haben die Wirkung der mislichen äußeren Verhältnisse noch verstärkt. Dafür bieten die beiden Abfälle von 1925 der Gebr. Rosenberg Holz-A. G. in Köln und der Schlesienwerke für Holzverwertung A. G. in Breslau ein Beispiel. Die großen Unterschiede der örtlichen Lage gestalten natürlich nicht, zwischen den beiden Firmen, die beide mit je eine Million Mark Aktienkapital arbeiten, eine Parallele zu ziehen. Aber auffällig ist, daß ihre Verluste (bei der Rosenberg A. G. 247 000 Mark, bei den „Schlesienwerken“ 65 000 Mark) übereinstimmend zum nicht geringen Teil durch ihr zu umfangreiches und zu hoch bewertetes Warenlager verursacht worden sind. Wenn die Gebr. Rosenberg Holz-A. G. darüber klagt, daß die Entwertung der Lagerstände infolge des Preissturzes einen Teil des Bruttogewinnes ausgezehrt habe, so liegt hier nichts anderes als ein Fehler der Verwaltung vor, die bei der Bewertung des Lagers keine Reserve zum Schutz gegen einen Konjunkturschlag geschaffen hatte. Ebenso ist es Schuld der Verwaltung, wenn die „Schlesienwerke“ A. G. durch die Auflösung einiger während der Inflation angelegter Lager Verluste erlitten und so die falsche Geschäftspolitik vergangener Jahre den Abschluß für 1925 belastete. Leider läßt sich aus den beiden Bilanzen die Höhe der durch diese Fehler entstandenen Verluste nicht ganz ersehen. Aber vielleicht machen sich die verantwortlichen Direktoren selbst einmal eine Kostenrechnung ihrer Unterlassungen auf.

Exportvergütungen in der österreichischen Industrie. Zwischen den Verbänden der österreichischen weiterverarbeitenden Industrie, wie die Metallwarenindustrie, die Maschinenindustrie, die Elektrizitäts- und Automobilindustrie, einerseits und der Verkaufsstelle der österreichischen Metallwerke ist ein Rahmenvertrag zur Gewährung von Rückvergütungen beim Export fertiger Waren abgeschlossen worden. Ähnlich wie zwischen der deutschen Koi und den Eisenverbänden werden demjenigen Firmen, welche Messing, Tombak, Kupfer- und Aluminiumholzzeug verarbeiten und die Halbfabrikate von der Verkaufsstelle der österreichischen Metallwerke kaufen, für die Ausfuhr der Endfabrikate gewisse Exportvergütungen von der Verkaufsstelle gewährt werden.

Reparationszahlungen in Raten. Für das dritte Reparationsjahr nach dem Dames-Plan, das am 1. September begonnen hat, sind zwischen der deutschen Regierung und dem Generalagenten für Reparationszahlungen Abreden getroffen worden, die die Zahlung der fälligen Summen in allen Fällen in einzelnen Raten sichergestellt. Die Zinszahlung für die Eisenbahnobligationen wird wie bisher (unter Vergütung von 6 Proz. bei Vorauszahlungen) in Monatsraten erfolgen. Die Beförderungssteuer der Reichsbahn wird in regelmäßigen monatlichen Zahlungen von je 22 1/2 Millionen Mark abgetragen. Diefelbe Zahlungsweise gilt für einen Betrag von 110 Millionen Goldmark, der aus dem Reichshaushalt zu zahlen ist (verpfändete Einnahmen). Die zusätzlichen Zahlungen aus dem Reichshaushalt werden in hohen Teilbeträgen zu je 18 Millionen und in fünf weiteren Teilbeträgen von je 34,5 Millionen fällig. Die Zinsen für die Industrieobligationen, die in diesem Jahre mit 250 Millionen Mark voll zu zahlen sind, werden in zwei Teilbeträgen am 1. April und am 25. August 1927 geleistet werden.



STAATL. FACHINGEN
Karlshofes Kichenbauer

Zu Haus-Trinkkuren

mit Sichi, Rheumalismus, Zucker-, Nieren-, Elasen-, Garkleiden (Harnsäure), Arterienverkalkung, Franckleiden, Magenleiden usw.

Man befrage den Hausarzt.

Ehrlich in Mineralwasserhandlungen, Apotheken und Drogerien sowie in Berlin bei der Versandstelle der Staatsgüter-Fachingen und Niederseiler, Berlin SW 11, Schönberger Str. 16a. Tel. Lützow 8200/61.

Broschüren durch das Fachinger Zentralbüro, Berlin W. 66, Wilhelmstrasse 35.